

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Fetzer Straße 52, IV., Volkshaus
Telephon 7903.

Preis: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einseitige
Pfeilzeit oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 2.

Sonnabend, den 10. Januar 1914.

18. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. —
Frei oder gefesselt? — Die Unternehmerorganisationen und die
Arbeitslosenversicherung. — General-Siegewald. — Die Seuche des
Industriejahrs. — 48 881 Tuberkulosekranke im Jahre 1912. —
Italienische Emigration. — Korrespondenzen. — Rundschau. —
Kultur. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderun-
gen. — Versammlungs-Kalender. — Briefkasten. — Anzeigen.
Beilage: Die Lage der bayerischen Steinindustrie. — Das Bau-
gewerbe im Jahre 1912. — Dupont, 25 Jahre Vorstands des
Bildhauer-Verbands. — Die Produktion des Königreichs Bayern
an Steinen und Erden von 1910 bis 1912. — Versorgungsstellen
für Sozialisten. — Arbeitslosenversicherung durch die Ge-
meinden. — Verfall der Vollversicherungen im Jahre 1912. —
Feuilleton: Eine Geschichte der französischen Revolution in Zeitungs-
auschnitten. — Kinematograph und Dombau.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist
wesentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende
Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: Wellhausen: Firma Schneid. — Bühler-
tal (Schwarzwald): Granitwerk Contine. — Lübeck:
Granitwerk Blettner & Comp. — Crailsheim: Firma
Burrer in Böttental und Wallhausen.

Wörlingen. Die Steinmehrer der Granitfirma Koppel &
Söhne stehen seit 31. Dezember 1913 im Streit, da von
seiten der Unternehmer sämtliche Lohnforderungen ab-
gelehnt wurden.

Häuslich-Striegen. Die Granitindustriellen haben den Be-
zirkstarif gekündigt. Bekanntlich hatten unsere Kollegen
von einer Kündigung Abstand genommen.

Sielesberg (Schlesien). Die Firma Stahlberg ist bis auf
weiteres gesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten. Die
Firma versucht in Döberitz, besonders aber in Böhlen,
Steinmehrer anzuwerben.

Demitz-Thumitz, Ramens und Umgebung. Im hiesigen großen
Granitbezirk haben wegen der Tarifveränderung bereits
drei eingehende Verhandlungen stattgefunden. Ueber die
Annahme des Verhandlungsergebnisses finden zurzeit
Versammlungen statt. An der Tarifbewegung sind über
2000 Kollegen beteiligt.

Kirchberg (Sachsen). Die Granitfirma Ingram hat soeben
sämtliche Pfistersteinmacher ausgesperrt.

Blauberg (Oderpfalz). Die Steinmehrer bei der Bayri-
schen Granit-Aktien-Gesellschaft sind in den Streit
getreten.

Kue (Erzgebirge). Die Firma Hermann Weishorn,
Auerhammer, hat am 6. Dezember sämtliche Steinarbeiter
ausgesperrt. Ein Teil derselben ist bereits abgereist.

Sohlbad (Spreewald). Der Unternehmer Kalauch hat 22 Granit-
arbeiter ausgesperrt, weil sie sich die Unkosten für das
Schärfen des Werkzeuges nicht aufbürden lassen wollten.

Oesterreich-Ungarn. Gesperrt sind: Perchtoldsdorf, Kralau
Lemberg, Bucirce, Kabresna, Sittä, Budatalass.

Frei oder gefesselt?

Am Schluß des eben vergangenen Jahres haben die
christlichen Gewerkschaften einige groß angelegte
Versuche gemacht, die üble Lage zu verbessern, in die sie durch
die bekannte Stellungnahme des Papstes und der deutschen
Bischöfe zur Gewerkschaftsfrage gekommen waren. Der Papst
hat in seiner Enzyklika Singulari quadam keinen Zweifel
darüber gelassen, daß ihm die interkonfessionellen christlichen
Gewerkschaften Deutschlands im Grunde seiner Seele zuwider
sind, weil er von ihnen die Gefährdung des reinen Glaubens
ber in ihnen organisierten Katholiken befürchtet. Auf Wunsch
einzelner deutscher Bischöfe und der Reichsregierung hat er
zwar das endgültige Verbot dieser Gewerkschaften, das be-
kanntlich schon vor der letzten Reichstagswahl in seinem
Schreibstisch gelegen haben soll, noch nicht ausgesprochen, son-
dern den deutschen Katholiken vorläufig gestattet, den christ-
lichen Gewerkschaften anzugehören. Er hat aber ausdrück-
lich erklärt, daß dies nur so lange erlaubt werden könne,
als nicht „wegen neu eintretender Umstände diese Duldung
aufhört, zweckmäßig oder zulässig zu sein“. Und er hat es
weiter nur getan, weil die christlichen Gewerkschaften „ein-
seitig eine bedeutend größere Zahl von Arbeitern in sich
schließen als die rein katholischen Vereinigungen, und weil
andererseits es große Nachteile nach sich ziehen würde, falls dies
nicht gestattet würde“. Mit andern Worten: er hat es ge-
tán, weil die christlichen Gewerkschaften eine Schutztruppe
insbesondere der deutschen Zentrumspartei und ein Bollwerk
gegen die Sozialdemokratie sind.

Der Papst sieht die christlichen Gewerkschaften als ein
großes, aber augenblicklich noch erträgliches Übel an. Seine
Sympathie gehört jenen Vereinigungen, „die hauptsächlich
auf der Grundlage der katholischen Religion aufgebaut sind
und der Kirche als Führer offen folgen“. Er hat den
Wunsch, daß solche „konfessionell katholische Vereinigungen
in katholischen Gegenden und außerdem in allen andern
Gegenden, wo anzunehmen ist, daß durch sie den verschiedenen
Bedürfnissen genügend Hilfe gebracht werden kann, ge-
gründet und auf jede Weise unterstützt werden“. Er miß-

billigt es, daß Vereinigungen gefördert oder verbreitet wer-
den, die das Gebiet der Sittlichkeit direkt oder indirekt be-
rühren und die sich aus Katholiken und Nichtkatholiken zu-
sammensetzen. Wo katholische Arbeiter den vorläufig noch
geduldeten interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften be-
itreten, müssen sie gleichzeitig Mitglieder eines katholischen
Arbeitervereins werden, wo der katholische Klerus die Un-
verfälschtheit ihres Glaubens und die Reinheit ihrer Sitten
zu schützen hat. Solange die christlichen Gewerkschaften noch
gebildet sind, haben sie sich „von allem fernzuhalten, was
grundsätzlich oder tatsächlich mit den Lehren und den Ge-
boten der Kirche wie der zuständigen kirchlichen Obrigkeit
nicht in Einklang steht“. Den deutschen Bischöfen hat der
Papst die Pflicht auferlegt, die christlichen Gewerkschaften
sorgfältig zu beobachten und darüber zu wachen, daß den
Katholiken aus der Teilnahme an ihnen kein Schaden
erwächst.

Das ist, in kurzen Worten ausgedrückt, der Sinn der
päpstlichen Enzyklika Singulari quadam. Es ist klar, daß
eine Gewerkschaft, die sich den in ihr aufgestellten Grund-
sätzen und Forderungen ausdrücklich oder stillschweigend
unterwirft, völlig dem Wortspruch der Kirche ausliefert und
aufhört, eine selbständige Organisation zu sein. Nicht die
Mitglieder könnten in einer solchen Organisation mehr über
die Aufstellung von Forderungen, über den Beginn oder die
Fortführung eines Streiks entscheiden, sondern die kirch-
liche Obrigkeit würde in letzter Linie diese Entschei-
dungen treffen; denn ihr steht nach der katholischen Lehre die
Entscheidung über Fragen der Gerechtigkeit und Liebe zu.
Darum ist es begreiflich, daß die Enzyklika des Papstes die
christlichen Gewerkschaften in eine sehr üble Lage brachte
und unter den christlichen Gewerkschaftsführern die größte
Aufregung hervorrief. Gab man sich den Anschein, als ob
man sich der Enzyklika unterwerfe, so mußte man befürchten,
daß die denkenden Mitglieder der christlichen Gewerkschaften
scharenweise verließen. Deshalb betrieb man wertige Wochen
nach Veröffentlichung der Enzyklika, im Herbst 1912, einen
christlichen Gewerkschaftskongreß nach Essen ein, wo man er-
klärte, daß die christlichen Gewerkschaften nach wie vor die
alten blieben. Aber damit wurde die Lage der christlichen
Gewerkschaften nicht besser; denn die auf dem Kongreß auf-
gestellten Behauptungen fanden nirgends recht Glauben, zum-
mal tömische Blätter zu melden wußten, daß sich die christ-
lichen Gewerkschaftsführer dem Papst ausdrücklich unter-
worfen hätten. Eine solche Annahme war um so eher ge-
rechtfertigt, als einzelne christliche Gewerkschaften schon vor
Veröffentlichung der Enzyklika in ihrem Sinne gehandelt
hätten. Es sei nur an den organisierten Streikbruch des
christlichen Bergarbeiterverbandes im Frühjahr 1912 und an
das Verhalten dieses Verbandes im Saargebiet erinnert, wo
es dem Bischof Korum von Trier gelang, die Durchführung
eines Streiks zu verhindern und den christlichen Berg-
arbeiterverband lauzustellen. Auch sonst haben christliche
Gewerkschaften in vielen Fällen gegen freiorganisierte Ver-
rat geübt.

Über die christlichen Gewerkschaften wollten unter keinen
Umständen den Anschein auf sich sitzen lassen, als ob sie sich
wirklich dem Papst unterworfen und die Interessen der
katholischen Kirche vertauscht hätten. So suchten und fanden
sie einige Gelegenheiten, wo sie glaubten, sich erneut als un-
entwegte und unabhängige Organisationen — in Worten —
produzieren zu können. Die erste dieser Gelegenheiten war
der Dritte deutsche Arbeiterkongreß in Berlin, die zweite der
Kongreß der christlichen Gewerkschaftsführer
gegen eine Anzahl Redakteure angestrengt haben, die in
ihren Zeitungen die Unabhängigkeit der christlichen Gewerks-
chaften bestritten hatten. Zwischen durch akzeptierte man
freudig die Hilfe des Erzbischofs von Hartmann in Köln, der
in einer Rede an die Präsidenten der Arbeitervereine für den
deutschen Westen die Förderung der christlichen Gewerks-
chaften empfahl, der aber inzwischen seine Empfehlung so
eingeschränkt hat, daß sie einer Zurücknahme verzeufelt äh-
nlich sieht.

Auf dem sogenannten Deutschen Arbeiterkongreß in
Berlin konnten die Redner der christlichen Gewerkschaften
mächtig auftrumpfen; dort glaubte man sich durch Worte,
möglichst starke und radikal klingende Worte nicht nur bei
den eigenen Mitgliedern, sondern auch bei der großen Offen-
sichtlichkeit wieder einiges Ansehen verschaffen zu können. Hatte
man vorher jahrelang alle möglichen und unmöglichen
Terrorismusräuschen gegen die freien Gewerkschaften auf-
gepflegt und damit die Bestrebungen der Scharmacher und
ihr Geschrei nach Ausnahmegelesen gelüßt und gefördert,
so konnte man sich jetzt als treuer Schützer der gefährdeten
Arbeiterrechte darstellen und mächtig gegen die Schar-
macher wettern, die man erst zu ihrem Vorgehen mit per-
anlaß hatte. Auch gegen die arbeiterfeindlichen Bestrebun-
gen auf sozialpolitischem Gebiet konnte man ungefährdet
scharfe Töne riskieren, und selbst bei Behandlung der Lebens-
mittelsteuerung tat man so, als ob man ernsthaft gegen die
Erhöhung vorzugehen wollte. Aber hier war man sich bewußt,
daß man nicht allzuviel verlangen und versprechen durfte,
weil sonst die christlichen Gewerkschaftsführer in den bürger-
lichen Reichstagsfraktionen doch leicht in eine schwierige
Situation kommen könnten. Am bezeichnendsten und inter-
essantesten war die Art und Weise, wie die Vertreter der
vom Papst besonders gelobten und propagierten katholischen
Fachabteilungen vom Kongreß behandelt wurden, als sie

die Ansichten des Papstes und der deutschen Bischöfe über
die Gewerkschaftsfrage vorzutragen suchten. Man unterbrach
sie andauernd stürmisch, nannte sie „schlimmer als Gelbe“,
lachte sie aus und warf sie schließlich aus dem Auschuß des
Kongresses hinaus. Herr Brust aus Alteneisen wandte sich
sogar indirekt gegen den Papst, indem er unter dem stür-
mischen Beifall des Kongresses erklärte, er lasse sich von nie-
mand vorherrschen, welcher Organisation er anzugehören
habe, obwohl auch er Katholik sei.

Der Ausgang des Kongresses bedeutete für die christ-
lichen Gewerkschaften zweifellos „sofern einen Erfolg, als
er ihnen Gelegenheit gab, sich wenigstens durch Worte als
entschiedene Vertreterinnen der Arbeiterinteressen darzu-
stellen und ferner, ihre scheinbare Unabhängigkeit von Rom
zu bekräftigen. Denn von einer scheinbaren Unab-
hängigkeit muß man reden, solange die christlichen Gewerks-
chaften nicht durch Taten bewiesen haben, daß sie wirk-
lich unabhängig sind. Auf Worte ist in solchen Dingen
nichts zu geben. Das bewiesen auch die Verhandlungen
in dem Kölner Gewerkschaftsprozeß. Dieser
Prozeß ist für die christlichen Gewerkschaften weit weniger
günstig verlaufen als der Berliner Arbeiterkongreß. Die
angellagten Redakteure konnten zwar nicht beweisen, daß
sich die christlichen Gewerkschaftsführer dem Papst in aller
Form unterworfen haben; aber das, was im Laufe der Ver-
handlungen festgestellt worden ist und die Art und Weise,
wie die christlichen Gewerkschaftsführer unangenehmen Fra-
gen auswichen, rechtfertigen keineswegs die Erwartungen,
die die christlichen Gewerkschaften auf dem Berliner Kon-
greß zu erwecken suchten und die sie glaubten in Köln be-
kräftigen zu können. Es ist vom Bischof Dr. Schulte von
Baderborn ausdrücklich erklärt worden, daß die Bischöfe ver-
pflichtet seien, die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften
zu beobachten und daß die Kirche auch in Fragen des Ar-
beitslohns und der Arbeitszeit für sich das Recht in Anspruch
nehme, unter Umständen bindende Bestimmungen für ihre
Angehörigen zu treffen, um sie vor religiös-sittlichem Scha-
den zu bewahren. Das Kölner Gericht kam zu der gleichen
Ansiht; denn es sprach in seinem Urteil aus, daß die Auf-
fassung, die Enzyklika sehe die kirchliche Aufsicht für die chri-
stlichen Gewerkschaften vor, das meiste für sich habe. Es be-
steht also gar kein Zweifel, daß die katholische Kirche den
christlichen Gewerkschaften eine völlige Unabhängigkeit
nicht zuerkennt und auch nicht zuerkennen kann.

Nun ist zwar nicht bewiesen, daß sich die christlichen Ge-
werkschaften dem Papst ausdrücklich unterworfen und ihre
Unabhängigkeit aufgegeben haben. Die christlichen Ge-
werkschaften sind aus Katholiken und Protestanten zu-
sammengesetzt, und die Protestanten würden wohl niemals
eine offene Unterwerfung ihrer Organisationen unter den
päpstlichen Willen zugeben. Aber ist denn hier eine aus-
drückliche und formelle Unterwerfung notwendig? Die weit-
aus meisten Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sind
Katholiken; sie sind dem Papst und der katho-
lischen Kirche unter allen Umständen Ge-
horsam schuldig. Und darin liegt für die christlichen
Gewerkschaften die Gefahr. Die Pflicht der Unterordnung
unter den Willen des katholischen Kirchenoberhauptes ist
für die christlichen Gewerkschaften auch ohne formelle Unter-
werfung schon Fessel genug. Der Gedanke, der Papst könnte
aus der vorläufigen Duldung ein völliges Verbot der chri-
stlichen Gewerkschaften machen, wird die katholischen Mit-
glieder dieser Gewerkschaften, soweit sie dem Papst den Ge-
horsam nicht verweigern wollen, bei gewerkschaftlichen
Aktionen ständig beeinflussen und kann sehr leicht zum Ver-
rat von Arbeiterinteressen führen, besonders in solchen Fäl-
len, wo sich die Arbeiter nicht in der Verteidigungs-, son-
dern in der Angriffsstellung befinden. Nur wenn jene Rich-
tung in den christlichen Gewerkschaften die Oberhand be-
kämte, die auf die päpstlichen Wünsche und Befehle pfeift,
würde zu erwarten, daß diese Organisationen wenigstens von
Rom unabhängig würden. Ob es so weit kommt, kann erst
die Zukunft lehren. Das Verhalten dieser Gebilde bei den
Arbeitskämpfen der letzten Jahre läßt eher das Gegenteil
erwarten; daß sie bleiben was sie immer gewesen sind, näm-
lich Sturmböden gegen die freien Gewerkschaften und die
Sozialdemokratie, und daß sie werden, was sie früher teil-
weise nicht waren, nämlich organisierte Verräter der Ar-
beiterchaft und treue Schildknappen des deutschen Unter-
nehmertums.

Die Unternehmerorganisationen und die Arbeitslosenversicherung.

Die deutsche Arbeiterchaft hat stets die Erfahrung ge-
macht, daß die gesamte, ohnehin mangelhafte Sozialgesetz-
gebung Deutschlands den Unternehmern im allgemeinen und
den konservativen Parteien im besonderen ein Dorn im
Auge ist, daß von diesen Seiten kein Mittel verachtet wird,
wenn es zur Bekämpfung sozialer Geleise angewendet werden
kann. Zurzeit liegt ihnen außer dem sogenannten Arbeits-
willigenschutze die Förderung der Arbeiterchaft auf Ein-
führung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung schwer auf
dem kapitalistischen Herzen. Bei jedem Anlaß, der die Unter-
nehmerverbände zusammenführt, kommt die letztere zur
Sprache. Anlässlich der Arbeitsnachweis-Konferenz der Unter-
nehmerverbände in Hannover hielt Dr. v. Stojentin-Berlin
einen Vortrag über die Stellung der Unternehmerverbände
zur Arbeitslosenversicherung, zu dessen Ergänzung noch eine

Broschüre herausgegeben wurde. Die Ausführungen sind wert, auch der Arbeiterschaft bekannt zu werden.

Bei seinen Ausführungen zitiert er unter anderem den früheren Genossen Calmer, der „mit heissem Spott“ die Flachheit der Bewegung für die Reichsarbeitslosenunterstützung bezeichnet haben soll, die erst infolge des Erlasses des Prinzregenten von Bayern an den bayerischen Minister des Innern und des Vorgehens der bayerischen Staatsregierung zugunsten der Arbeitslosenversicherung enorm an Kraft gewonnen hat.

Im weiteren betont er, daß nach den amtlichen Berichten der Beschäftigungsstatistik nicht so ungünstig sei, nur in einigen Industriezweigen, voran im Baugewerbe, hätte sich der Beschäftigungsgrad verschlechtert.

Die alles Maß überschreitende und mit den größten Unwahrscheinlichkeiten arbeitende mündliche und schriftliche Agitation verfolge den Zweck, über die wirkliche Sachlage hinwegzutäuschen, durch Ausmalung eines schrecklichen Arbeitslosenlebens die bürgerliche Bevölkerung einwärts zu bewegen, dem bayerischen Erlass nachzufolgen. Hieran denken nicht bloß die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften in vielen Orten einberufenen Volkshilfensammlungen, sondern auch die schon jetzt angekündigte Intervention bei Beginn des Reichstags hin. Deshalb, meine Herren, kann diesen Bestrebungen von Seiten der Arbeitgeber nicht Aufmerksamkeit genug geschenkt und nicht kräftig genug entgegengetreten werden.

Vorstehende Ausführungen zeigen der Arbeiterschaft, wie die Unternehmerorganisationen über eine Versicherung für diejenigen denken, die infolge der heutigen kapitalistischen Produktionsweise aus dem Erwerbsebenen ausgeschlossen werden und dann, jeder Hilfe los, über das Praxische untröstlichen Wirtschaftspolitiker nachdenken und hungern können. Das Bestehen einer großen Arbeitslosigkeit wird abgelehnt, trotzdem Hunderttausende nicht in der Lage sind, Arbeit zu finden zu können.

Dr. v. Stojentin behauptet ferner, daß von Mangel an Arbeitsgelegenheit keine Rede sein könne, vielmehr müßten jetzt fast zwei Jahrzehnten Arbeitskräfte, zurzeit etwa eine Million, herangezogen werden. Er sagte:

Meine Herren! Schon seit Jahren, besonders aber jetzt, macht sich in der Schiffbauindustrie ein Mangel an Tausenden von gelerntem und ungelertem Arbeitern fühlbar. Von den Werften in Bremen, Bremerhaven, Vegesack, Hamburg, Kiel usw. werden fortgesetzt außer geübten Metallarbeitern aller Art auch Solnarbeiter gesucht, ohne daß es gelungen ist, mit Hilfe der Arbeitsnachweise im Binnenlande Arbeitskräfte heranzuziehen.

Auch im schlesischen Kohlenrevier wird über Mangel an Arbeitern geklagt und die von der preussischen Regierung mit großem Aufwand ins Werk gesetzte Urbarmachung der Moore und Lehmfelder muß mit Hilfe von Strahlungen und Gesangenen durchgeführt werden, weil freie heimische Arbeiter dafür nicht zu bekommen sind.

Die Arbeiterschaft weiß zu gut, wie die Arbeitsgelegenheit auf den Werften beschaffen ist, daß regelmäßig nur Leute gebraucht werden, falls sie den Lohnbrüder machen. Überhaupt in Werftorten eine Unmasse Arbeitsloser zu verzeichnen sind, die man aber meistens nicht einstellt, weil sie sich erlaubt haben, bei den hohen Lebensmittelpreisen minimale Lohnnachbesserungen zu verlangen, über Verschlechterungen der bisherigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht ruhig hinwegzugehen.

Nimmt man ein Jahrgang der in Betracht kommenden Gewerkschaften zur Hand, so sieht man sofort, wie es mit der Arbeitsgelegenheit in den Gebieten ausseht.

Wenn die schlesischen Grubenbesitzer über Arbeitermangel klagen und Arbeiter nicht bekommen, so müssen sie sich das schon selber zuschreiben. Wer Gelegenheit hat, mit diesen Arbeitern zu sprechen, wird bald eines andern belehrt. Der Streik in diesem Jahre war der Ausbruch der Verzweiflung, die Folge der elenden Verhältnisse. Nicht aus Wandertätigkeit rufen diese Arbeiter ab, sondern die Not zwingt sie dazu, den schlesischen Gruben Balz zu sagen. Wäre die Sache nicht so ernst mit der großen Arbeitslosigkeit, so müßte man den Hinweis auf die Urbarmachung der Moore als Komik auffassen, so stellt es aber eine direkte Verhöhnung der Arbeitslosen dar.

In den agrarischen Gebieten beträgt der ortsübliche Tagelohn für männliche Arbeiter 1.20 bis 1.80 Mk. Wie kann ein Familienvater damit seinen Verpflichtungen gegen seine Familie nachkommen? Vielleicht sucht Vater Staat zu dieser Arbeit auch Leute, wie das königliche Hochbauamt in Königsberg mit folgendem Njerat: „Beim hiesigen königlichen Hochbauamt bietet sich Gelegenheit zur Beschäftigung junger Leute, die sich dem Baufache widmen wollen und bestrebt sind, in den vorkommenden Bauarbeiten sich einige Kenntnisse anzueignen begn. sich zu vervollkommen. Mäßige Monatsvergütung kann gewährt werden. Bewerbungen an das königliche Hochbauamt in Königsberg (Königsberg).“

Eine größere Verhöhnung der Arbeitslosen im Baugewerbe war wohl noch nicht zu verzeichnen, gegen eine mäßige Vergütung pro Monat in Arbeit zu erhalten.

Der Referent behauptete dann, daß die Angaben der Gewerkschaften bei Arbeitslosenverhältnissen nicht richtig seien, die amtlichen Kontrollzählungen ergäben bedeutend niedrigere Ziffern. (Anmerkung des Einredners: Wer die Arbeitslosenverhältnisse der Gewerkschaften kennt, weiß jedoch, daß diese Zahlen gegenüber den amtlichen Zählungen den Vorzug der Genauigkeit beanspruchen können.) Die Großstädte weisen die größte Zahl der Arbeitslosen auf, die mittleren und kleineren Städte sehen nicht so arg bezogen.

Bestimmte Arbeiterkategorien haben schon seit Jahren an einer Arbeitslosigkeit zu leiden, die in der Natur des Berufs liegt. Das ist, wie Bauarbeiter, Tagelöhner, Eisenarbeiter, Maler, Maurer, Steinmetzen, Klempner, Schmiede, die mit der Unmöglichkeit, und die Schweiß- und Schweißgeschichten, die mit der Unmöglichkeit, Arbeitslosigkeit rechnen müssen.

Bei den Arbeitern dieser Gruppen ist vielfach das Risiko des Hungers der Arbeitslosigkeit jährlich gleich 100 Prozent, wobei allerdings zu beachten ist, daß dieser Umstand in der Lohnhöhe zum Ausdruck kommt, so daß die Lohnhöhe über die Beschäftigungszeit hinweg hinwegkommen können.

Wichtig und ohne Zweifel wundert jährlich 20000 Personen den Hunger in die Straßen, in der letzten Jahreszahl, dort ohne weiteres Hunger zu leiden.

Die große Ursache der Arbeitslosigkeit, meine Herren, erliegt aus der Arbeitslosigkeit, d. h. der durch die Gewerkschaften provozierten und nicht durch die gewöhnliche Aktivität der Arbeiter. Wir allen erwarteten, daß die Sozialdemokratie auf die Lösung der wirtschaftlichen Probleme zwischen Unternehmer und Arbeiter hin und der wirtschaftlichen und politischen mit dem Arbeiter (???) einhergehende Arbeiter stande seine Arbeit in der Nacht des Arbeiters nicht zu unterbrechen zu können, als durch einen außerordentlich hohen, wirklich unüberwindlichen Stellenwechsel.

Meine Herren! Die vorstehende Zählung der Gewerkschaften zeigt die Größe der Arbeiterarmee in planmäßig herbeigeführt

Arbeitslosigkeit infolge Streiks und Aussperrungen, der natürlichen Reaktion der organisierten Arbeitgeber, auf die Herausforderung der organisierten Arbeiter.

Jedenfalls, meine Herren, ist das Ergebnis der Arbeiterbewegung eine außerordentliche Vermehrung der Fälle der Arbeitslosigkeit überhaupt, und speziell der Fälle, bei denen nicht wirtschaftlicher Zwang, sondern Saunen, Machtwort und politische Interessen die entscheidende Rolle spielen.

Nach Ansicht der Unternehmer ist es die verheerende Tätigkeit der Gewerkschaften, die den Stellenwechsel und die Arbeitslosigkeit bedingen. Die Arbeiterschaft weiß aber nur zu gut, daß es die Unternehmer und ihre Trabanten ausgezeichnet verstehen, diejenigen Arbeiter, die ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen vertreten und sich nicht willenlos der Willkür der Unternehmer fügen, bei beliebiger Gelegenheit aus den Betrieben hinausgeschickt werden, wenn nicht direkt Feuerabend bekommen.

Wie oft ist es zu verzeichnen, daß Arbeiter nur deshalb jahrelang von Ort zu Ort gehetzt werden, weil sie von dem gesetzlichen Recht der Koalition Gebrauch gemacht, oder bei einer Lohnbewegung die Interessen ihrer Mitarbeiter vertreten haben.

Wenn angeführt wurde, daß jährlich Hunderttausende vom Lande nach den Städten ziehen, so darf keineswegs geglaubt werden, daß diese Arbeiter aus purer Wandertätigkeit oder Uebermut die heimatische Scholle verlassen, sondern daß Existenzgründe, Mangel an Arbeitsgelegenheit sie zwingt, in der Fremde ihr Brot zu suchen. Die Agrarier verstehen es ausgezeichnet, die heimischen Arbeiter auszuschalten und an dessen Stelle den in der Regel geübten und meistens auch sprachunkundigen Ausländer zu beschäftigen. Auch der Landarbeiter wird seiner Menschenwürde bewußt und läßt sich nicht wie ein Sklave resp. noch schlechter behandeln, auch er verlangt menschenwürdige Behandlung und entsprechende soziale Einrichtungen.

Dies paßt den Großagrariern nicht und deshalb zieht man ausländische Arbeitskräfte heran, die sich willenlos dem Machtwort der Herren unterwerfen müssen, da sie sonst die Ausweitung trifft.

Eine Million Arbeitskräfte muß Deutschland von dem Ausland beziehen. Ist es nicht eine Schande für einen „Kulturstaat“, wenn derartige Massen von Arbeitskräften importiert werden und der deutsche Arbeiter bekommt keine Beschäftigung. Wenn ein Stein- oder Bauarbeiter, desgleichen die andern gelernten Arbeiter bei Bahnbauten, in Feuerleien oder Fabriken um Arbeit anfragt, so wird er sicher in 90 von 100 Fällen abschlägig beschieden. Lieber beschäftigt man Ausländer, da die Unternehmer Interesse an möglichst viel Arbeitlosen, der Industriellen-Reformarmee haben, andererseits befürchten sie, die organisierten Arbeiter könnten den Unorganisierten ebenfalls aufrütteln und dem Klassenkampf zugänglich machen.

Bei Streiks ist es gerade das industrielle Unternehmertum, das seinen Patriotismus dadurch kundgibt, daß man Ausländer als willkommene Kausreißer holt und die in den ausländischen Gebieten des Inlandes befindlichen Arbeiter unter vielen Versprechungen, die meistens nicht gehalten werden, in die Industriegebiete und Städte lockt.

Bei verschiedenen Berufsgruppen soll die Arbeitslosigkeit an den klimatischen Verhältnissen liegen. Die Steinarbeiter, speziell die in Sandstein und in der Denkmalindustrie Beschäftigten wissen zu gut, daß früher die Arbeitslosigkeit keine Allgemeinerkennung war, daß aber jetzt seit einigen Jahren nicht nur im Winter, sondern zu jeder Jahreszeit ein großer Teil der Kollegen arbeitslos ist, daß mancher innerhalb eines Jahres die einzelnen Gebiete Deutschlands durchqueren muß, um nur vorübergehend Beschäftigung zu finden.

Sie wissen auch andererseits, daß durch die Umgestaltung der Architektur und Bauweise die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht günstiger, sondern schlechter geworden sind, das Gepeinert der Arbeitslosigkeit eine ständige Begleiterin ist.

Der Redner erwähnte dann die Ausgaben der deutschen (freien) Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1908 im Betrage von 9 1/4 Mill. Mark und sagt: „Diese Summen werden (nach Ansicht des Redners) verständlich, weil die Mehrzahl der Verbände im allgemeinen ohne nähere Prüfung der Ursachen der Arbeitslosigkeit die Unterstützung bezahlt, selbst zeitweiliges Aussehen der Arbeit, als Arbeitslosigkeit rechnen und nur solche Arbeitsangebote von den organisierten Arbeitslosen berücksichtigt zu werden brauchen, die den ortsüblichen Tagelohn oder die tarifvereinbarten Löhne einhalten.“

Aus dem wahren Zweck, der mit der Arbeitslosenunterstützung verfolgt wird, haben die Gewerkschaften nie ein Hehl gemacht. Sie haben wiederholt offen erklärt, daß diese Institution einen reinen Kampfescharakter trage, daß sie die Organisation und ihre Mitglieder stärken solle in ihrem Kampfe gegen das Unternehmertum.

In ähnlicher Weise geht es weiter, dann heißt es: „Da nun aber die Mehrzahl der Gewerkschaften an der Grenze der pekuniären Leistungsfähigkeit infolge der großen Inanspruchnahme der Arbeitslosenunterstützung seitens ihrer Mitglieder angelangt ist, so erschallt der Ruf nach Unterstützung ihrer Einrichtungen durch Staat und Kommune.“

Nach Ansicht des Redners sollen die Gewerkschaften an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sein. Der Herr Doktor will allenfalls die Entwicklung der Einführung der Arbeitslosenversicherung in den Gewerkschaften nicht sehen, denn sonst müßte er beobachtet haben, daß immer mehr Gewerkschaften diesen Unterstützungszweig einführen, die bereits vorhandenen Stufen erhöhen bezw. die Unterstützung besser ausbauen.

Daß dem gesamten Unternehmertum die Gewerkschaftsbewegung ein Dorn im Auge ist, weiß jeder Arbeiter, auch wissen die Arbeiter, daß gerade in der Zeit wirtschaftlicher Depression eine straffe Organisation besonders nötig ist, um die Interessen der Unternehmer, Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abzuwehren zu können.

Mit seiner Kalkulation, die Gewerkschaften wären am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt, hat der Referent wenigstens den Wunsch der Unternehmer ausgesprochen, was sie gerne sehen möchten. Die organisierte Arbeiterschaft weiß nichts, wie sie diejenigen zu vertreten hat, die auf Grund ihrer kapitalistischen Praxis und der uralten Produktionsweise immer längere Zeit von der Beschäftigung ausgeschlossen werden.

Die Forderung der Arbeiter, Einführung einer staatlichen Arbeiterversicherung, ist gerecht und liegt im Interesse des gesamten Wirtschaftslebens. Die besitzende Klasse holt aus der Arbeitsleistung der Arbeitslosen jährlich Unsummen von Profit heraus, sie hat mithin auch die Verpflichtung, mit beizutragen an der Erhaltung derjenigen, die den Mehr-

wert geschaffen haben, bei Eintritt des Mangels an Arbeitsgelegenheit

Daß die Unternehmer diese Unterstützung bekämpfen, liegt daran, weil sie wissen, daß es ihnen dann nicht so leicht möglich sein wird, in Krisenzeiten der Arbeiterschaft die denkbar ungünstigsten Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzutrotzen zu können.

Die Widerstandskraft des Arbeiters wird erhöht, falls er bei Arbeitslosigkeit Hilfe erhält, die größte Not von ihm ferngehalten. Auch darf nicht verkannt werden, daß, falls die Arbeitslosenunterstützung durchgeführt ist, die Bergehen gegen fremdes Eigentum, die größtenteils der bitteren Not zuzuschreiben sind, weniger werden, andererseits die hygienischen Gefahren so krasse Wirkungen nicht erzielen können.

Jedenfalls ist es besser, wenn die Gesundheit der Volksmassen erhalten bleibt, als wenn nach Eintritt der verschiedenen Krankheiten infolge Unterernährung verlorst wird mit Pfästerchen die verlorenen Kräfte wieder zu ersetzen. Daß diejenigen Arbeiter, die infolge Mangels am Notwendigsten erkrankt sind, nur in äußerst seltenen Fällen ihre frühere Tätigkeit im vollen Umfange wieder aufnehmen können, ist eine zu bekannte und sehr traurige Tatsache.

Die Unternehmerorganisationen haben durch die Annahme der von Dr. v. Stojentin vorgeschlagenen Leitfäden bewiesen, daß sie im Prinzip Gegner der Arbeitslosenunterstützung sind, da sie dadurch eine Stärkung der Gewerkschaften befürchten und außerdem auch zu Lasten herangezogen würden, deren Ertrag der Arbeiterschaft zugute käme. Die Ausnützung der Kapitalmacht, die der Prolet der Wirtschaftskrisen erst recht zu fühlen bekommt, liegt den Schatzmachern näher als die Gesundheit der Arbeiterbevölkerung und die reale Entwicklung des Staatswesens.

Für die Arbeiter muß gerade diese Taktik der Unternehmerverbände maßgebend sein, um einerseits ihre Verbände und damit die Macht der Arbeiter zu erweitern, andererseits Mittel zu finden, wie denen geholfen werden kann, die infolge untröstlicher Gesellschaftsordnung gezwungen sind, von der Verwertung ihrer Ware Arbeitskraft keinen Gebrauch machen zu können. Es liegt im Interesse aller Arbeiter, nicht zu ruhen, bis Staat und Kommunen sich dazu aufrufen, den unfreiwillig arbeitslos Gewordenen Hilfe zu bieten. Die Arbeiterschaft hat aber auch die Verpflichtung, bis zur Einführung der staatlichen Unterstützung aus eigener Kraft den von der Produktion ausgeschlossenen Klassengenossen helfend zur Seite zu stehen.

General Siegerwald.

Der Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Herr A. Siegerwald, veröffentlicht eine Erklärung, die nach der „Alltäglichen Volkszeitung“ (Nr. 1127 vom 29. Dezember v. J.) wie folgt lautet:

Aus Anlaß des Ausganges des Kölner Prozesses sind mir in den letzten Tagen so viele Glückwünsche aus allen Volksschichten zugegangen, daß ich sie unmöglich einzeln beantworten kann. Neben den Vertrauensleuten der christlichen Gewerkschaften sandten Deputierten und Schreibern bekannte Staatsmänner und hohe kirchliche Würdenträger beider Konfessionen, namhafte Vertreter der Sozialwissenschaft, Parlamentarier aus verschiedenen Parteilagern, zahllose Leiter der katholischen und evangelischen Arbeitervereine usw. Ich entnehme aus diesen Glückwünschen, daß man allseitig über die Klärung erfreut ist, die der Prozeß in den bekannten Streitfragen ungewißheit gebracht hat. Für diesen herzlichsten Dank, viellecht darf ich damit die Bitte verknüpfen, den sozialen Aufwärtsbestrebungen der Arbeiterschaft, wie sie insbesondere in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung Ausdruck finden, allseitigeres und verstärktes Verständnis entgegenbringen zu wollen. Auf dem Hintergrund einer derartig vertieften Erkenntnis von der Eigenart und Notwendigkeit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung würde der Prozeß nicht nur für die gesamte deutsche Arbeiterschaft, sondern in mindestens dem gleichen Maße für unser öffentliches und staatliches Leben einen dauernden Gewinn bilden.

Dieser „Erklärung“ riecht man die Ausschneiderei auf tausend Meter an. Im übrigen möchten wir bezweifeln, daß es den Kredit einer Gewerkschaftsorganisation fördert, wenn „bekannte Staatsmänner“, „hohe kirchliche Würdenträger beider Konfessionen“, „Parlamentarier aus verschiedenen (?) Parteilagern“ sich in einem solchen Maße für sie interessieren. Die demonstrative Gönnerschaft freier „Kaufherstellenden“ Kreise entspringt nicht der Arbeiterfreundschaft, sondern ist die Folge jener Befindungen christlicher Führer in dem Kölner Prozeß, die das Herz des ärgsten Reichsverbändlers höher schlagen machen mußten. Der Redakteur des christlichen „Bergknappers“ hat ja zugegebenermaßen erklärt, daß er und seine Freunde lieber einen Schatzmacher als einen Sozialdemokraten wählen. Welchen Vorteil der Prozeß für die gesamte deutsche Arbeiterschaft bringen könnte, ist das Geheimnis des Herrn Siegerwald. Und wenn dieser Herr weiter von einem dauernden Gewinn für unser öffentliches und staatliches Leben“ redet, so kann er damit doch nur gemeint haben, daß die christlichen Verbände bei den „verschickten Parteilagern“, das heißt bei allen Feinden einer unabhängigen Arbeiterbewegung, nunmehr als unverdächtig und als zuverlässige Bundesgenossen im Kampfe gegen das Klassenbewußte Proletariat anerkannt werden müssen.

Die Seuche des Industriejahrhunderts. 48861 Tuberkulosekranke im Jahre 1912.

Kürzere Arbeitszeit, höheren Lohn! Wie oft und doch vergebens wurde dieser Mahnruf von ausgebeuteten unterernährten Arbeitern schon erhoben. Kürzere Arbeitszeit, um nach dem Aufbruch in schlechter Luft, im tiefen Schlaf, auf der Straße oder in der Werkstätte, ein wenig frische Luft zu genießen, die Lunge zu stärken.

Höheren Lohn, um bessere und ausreichende Lebensmittel zu kaufen, geräumige, lustige Wohnungen zu mieten. Wie oft wird aus daß oder Unverstand gegen diese Arbeiterforderungen gemittelt, ohne daß die, welche gegen den Aufstieg der Arbeiterklasse sind, daran denken oder vielleicht auch gar nicht daran erinnert sein wollen, daß die Seuche unteres Jahrhundert, die Tuberkulose, durch lange Arbeitszeit, Unterernährung und ungesunde Wohnung zahlreiche Opfer fordert.

Nach einer Arbeit des Reichsversicherungsamts (veröffentlicht im Heft 12 des Reichsarbeitsblattes) wurde die Selbstbehandlung von 48861 Tuberkulosekranken im Jahre 1912 abgeschlossen, davon waren 23088 Männer und 14773 Frauen. Bei der Industrie der Metallverarbeitung ist die Tuberkulose bei den Männern am meisten verbreitet. 5085 Personen oder 158 vom Hundert litten an Lungen- oder Kehlkopf-Tuberkulose. Dann folgt das Baugewerbe mit 3310 Behandelten oder 10,3 vom Hundert. Besonders hervor tritt die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate mit 3005 oder 9,6 vom Hundert. Die Holz- und Schnitzstoffindustrie liefert den reichlichen Anteil von 2459 (7,7 v. H.), Bergbau-, Güter- und Salinenwesen und Torfgräberei sind in der Tuberkulose statistisch mit 2331 (7,3 v. H.) vertreten. Es folgen Handelsgewerbe und Versicherungsgewerbe 2110 (6,6 v. H.), Bergbau- und Gewerbe 1533 (3 v. H.), Textilindustrie 1574 (4 v. H.), Industrie der Steine und Erden 1551 (4,8 v. H.). Bei den Frauen kommt besonders in der

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Mr. 2.

Sonnabend, den 10. Januar 1914.

18. Jahrgang.

Die Lage der bayerischen Steinindustrie.

In den letzten Tagen hatte sich die bayerische Abgeordnetenkammer bei Beratung des Etats des Neujahrs, Kapitel: Handel, Gewerbe und Industrie bezug. Gewerkschaften mit den Angehörigen der Steinindustrie in Bayern und der Ostbairischen Industrie im unteren Maintal im besonderen zu beschäftigen. Zu dem für die Arbeiterchaft überaus wichtigen Thema machten die Abgeordneten Dr. E. H. Heim und Endres in der 186. und 188. Sitzung bayerischen Landtags nachstehende Ausführungen:

Abgeordneter Dr. E. H. Heim (Soz.):
Aus den Kreisen der Steinhauer, Maurer und Steinmetze sind lebhaftest Klagen über mangelnde Beschäftigung ausgegangen. Die Beschäftigung im Maurer- und Steinhawergewerbe geht von Jahr zu Jahr zurück. Betonbau, Kunststein, Kunstmarmor und dergleichen sind die Hauptursachen, warum von Jahr zu Jahr zum Teile der Industrie und der dort beschäftigten Arbeiter ein verdrängter Rückgang zu verzeichnen ist. Es wird von den Steinhauern darüber angeführt, daß an den Staatsbauten zu wenig Aufträge zufließen. Die Leute sagen: Was nützt uns eine gute Ausbildung, die wir genossen haben, wenn wir keine Arbeit bekommen, so wie praktisch zur Anwendung zu bringen? Ich möchte bitten, soweit das möglich ist, diesen Wünschen und den Klagen Rechnung zu tragen. Die Staatsregierung sollte bedenken, daß die Verhältnisse in diesen Gewerben von Jahr zu Jahr schlechter werden, daß unter Aufhaltung des ortsansässigen Betriebes große Firmen, die an keinen Ort gebunden sind, die besten gewinnbringenden Arbeiten an sich ziehen. Ich erinnere an die Firmen Diederich u. Schmidt, Heilmann u. Heilmann, Meißner u. dergleichen. Diese großen Firmen, die überall ihre Werke hinstellen, überall ihre Ingenieure, Architekten haben und maßstabmäßige Einrichtungen hinstellen, tragen mit dazu bei, das heimische Gewerbe auf weniger günstige Arbeit zurückzuführen. Es wird es Aufgabe der Staatsregierung sein, die schwierigen Verhältnisse nach Möglichkeit zu beheben.
Klagen bestehen auch über die schlechte Beschäftigung der Sandindustrie im Raingebiete. Wir alle wissen, daß vor den Jahren der Sandstein des Maingebirges überall lebhafteste Aufnahme Anwendung gefunden hat. In Frankfurt a. M., im Rheinland, überall wurde mit Vorliebe der schöne unterfränkische Sandstein verwendet. Jetzt aber sehen wir, daß zahlreiche Steinbrüche in Ostbairien und Umgebung und andern großen Zentren der Steinindustrie still liegen. Die Arbeiter sind in großen Massen arbeitslos zum Teil gezwungen, ohne ihre Familien vom Orte fortzuziehen in Schleifen, Sachsen, zum Teil sogar in Belgien (hört die Rede) Arbeit und Erwerb zu suchen. Ebenso verweist sie die der Sandsteinindustrie in der Müllbacher Gegend. Auch sind die Arbeitsplätze wegen Mangel an Aufträgen zum großen Teil verwaist. Dieselben Klagen gehen mir aus der Pfalz zu. Es wäre doch sehr notwendig, zu prüfen, ob hier nicht einigermassen den Klagen Rechnung getragen werden kann. Insbesondere die Regierung Maßnahmen treffen, daß bei Vergebung von Aufträgen diese genannte Industrie nach jeder Möglichkeit bevorzugt wird. Das ist nicht bloß eine Verpflichtung dieser Industrie gegenüber, sondern sie fließt damit wenigstens zum Teil der Arbeitslosigkeit, die vorhanden ist, und den schlimmsten Dingen, die sie auch auf das ortsanässige Gewerbe ausübt.
Ich darf darauf verweisen, daß auch der Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten diese Klagen bestätigt. In dem Jahresbericht ist auf Seite 197 über die Erwerbsverhältnisse folgendes ausgeführt — der Herr Präsident gestattete mir, das zu verlesen —
Entsprechend dem mehrjährigen Daniederliegen der Sandsteinindustrie zeigte die Arbeitslosigkeit der Arbeiter einen Rückgang der Beschäftigungszahlen im Jahre auf etwa 210 Tage mit zum Teil geringem Gehalt, so daß die Lage der Arbeiterchaft dieses Industriezweiges als außerordentlich schwerlich zu bezeichnen ist. (hört bei den Soz.). Wenn das schon in dem Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten in solcher Weise zum Ausdruck kommt, so dürfen Sie sicher sein, daß die Verhältnisse schon recht verheerend sein müssen.
Nicht anders sind auch die Verhältnisse in der Pfalz. Hier ist Seite 85 ausgeführt:
Weil von der günstigen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung steht nur die Sandsteinindustrie, in der seit dem Jahre 1902

in der ganzen Pfalz ein Arbeiterrückgang von beinahe 2000 Personen zu verzeichnen ist. Sandsteinbauern, in denen früher 100 und mehr Arbeiter beschäftigt waren, weisen heute kaum mehr den halben Stand auf. Längere Arbeitsunterbrechungen, auch in der Sommerzeit, sind daher keine Seltenheit. Die Gründe für den Rückgang werden der vermehrten Verwendung von Beton und Kunststein zugeschrieben. Die freigewordenen Arbeitskräfte konnten bisher anderwärts unterkommen.

So günstig ist das in andern Bezirken nicht. Es muß auch bezweifelt werden, ob für die Pfalz die Unterbringung der arbeits- und brotlos Gewordenen noch auf die Dauer möglich sein wird.

Gerade die jetzige Zeit der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Depression bereist, wie sehr die Allgemeinheit auch in Bayern an dem Stande der Entwicklung von Handel, Gewerbe und Industrie interessiert ist.

Ich möchte damit schließen, daß ich sage: Eine ihrer Pflichten bewußte Regierung wird unerschrocken über sonstigen politischen Anschauung alles tun und unterstützen müssen, was zur Hebung dieser wichtigen Produktionszweige gehesten kann. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Nach den allgemeinen Ausführungen des Abg. Dorn (Soz.) zu dem Kapitel Gewerbeinspektionen behandelte Abg. Endres (Würg.) im besonderen die Verhältnisse der Steinindustrie.

Abgeordneter Endres (Soz.):
Meine Herren! Mein Freund Dorn hat ja die Angelegenheit schon im allgemeinen behandelt.

Ich möchte das Augenmerk der Rgl. Staatsregierung auf die Steinindustrie lenken; denn es geht durchweg aus den Berichten der Gewerbeinspektoren hervor, daß die meisten Verletzungen in Bezug auf die Arbeitergesetzbestimmungen in der Steinindustrie sich bemerkbar machen.

Ich möchte zunächst die Rgl. Staatsregierung auf § 8 Abs. 2 der Maß- und Gewichtordnung hinweisen, bezüglich dessen ein Erlaß der Rgl. Staatsregierung vorliegt, der eine bessere Beachtung dieser Bestimmungen fordert. Es werden uns aber Beschwerden aus der Rhein- und Moselregionen, aus dem Basaltbetriebe in Bismarck, Maroldsweisach, Roth, Woccamünd, usw. mitgeteilt, wonach dort die Maßbestimmungen größtenteils nicht geachtet sein sollen. Das würde also im Widerspruch mit den Anordnungen der Rgl. Staatsregierung. Wenn schon zur Ermittlung der Abweichungen die Messungen und Überwägungen die Unterlage bilden, dann muß auch dafür gesorgt werden, daß selbstverständlich die Forderung entsprechend den Bestimmungen vorgenommen wird. Ich möchte also die Rgl. Staatsregierung ersuchen, darauf ihr Augenmerk zu lenken.

Weiterhin bestimmt der § 4 der Bundesratsverordnung für die Steinindustrie vom 31. Mai 1900, daß für die im Freien arbeitenden Steinhauer, Schrottschläger, Kleinschläger usw. zum Schutze gegen die Unbillen der Witterung entweder Schutzdächer über den Arbeitsplätzen oder Arbeitshütten errichtet werden sollen. Diese Bestimmungen sind hauptsächlich bei den Steinarbeitern auf die sogenannten Brecher und Hölzerer nicht angewendet. Als Schrottschläger betrachten die Steinarbeiter jene Arbeiter, die in den Steinbrüchen Klauen einschlagen haben, in welche Kelle zum Sprengen der Steine eingetrieben werden.

erner sollen sich die Arbeitshütten der Steinhauer, insbesondere im roten Sandsteingebiete des unteren Maintals von Frankbach bis Obernburg, in verwaistem Zustande befinden. Weiter wird dabei zum Ausdruck gebracht, daß es ganz begreiflich ist, daß chemische Leiden infolge dieses Zustandes in jenen Gegenden vorwiegend sind. Also auch diese Bestimmungen sind wenig beachtet.

Weiterhin bestimmt der § 5 der Bundesratsverordnung, daß in Steinbrüchen überall Trinkwasser vorhanden sein soll. Es wurde uns aber mitgeteilt — auch mein Freund Dorn hat darauf hingewiesen —, daß in fast allen Betrieben der Sandsteinindustrie, in den unterfränkischen Kalksteinbetrieben und den Lithographiesteinbetrieben und -betrieben Solnhofens und Umgebung überall diese Einrichtung fehlt, daß also Trinkwasser fast gar nicht zu haben ist und die Leute auf die Restaurationbetriebe angewiesen sind. In manchen Betrieben liegt der Fall so, daß von diesen Restaurationseinrichtungen in den Betrieben der Unternehmer noch ein Gewinn hat. Dies erweckt den Anschein, als ob ein Interesse bestände, daß diese Restaurationbetriebe aufgeführt werden.

In Nürnberg und Umgebung fehlen für die Steinhauer fast an allen Hauptorten Arbeitshütten, bei dem zuletzt fertiggestellten Justiz- und Schwurgerichtsgebäude fehlte diese Einrichtung ebenfalls. In den meisten Fällen wird erklärt, daß die Arbeiter aus Bequem-

lichkeit die Arbeitshütten nicht benutzen. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß, um die Transportkosten zu vermeiden, die Steinhauer am Bauplatze selbst die Steinarbeiten verrichten müssen. Infolgedessen haben die Arbeitshütten, die am eigentlichen Arbeitsplatze stehen, gar keine praktische Bedeutung. Wenn dann der Fabrikinspektor kontrolliert und Beanstandungen sich ergeben, wird erklärt: Die Arbeiter sind schuld. Ich bitte, auch darauf zu achten, daß diese Bestimmungen anders ausgelegt wird.

Weiter macht sich zuwider dem § 6 der Verordnung der Mißstand bemerkbar, daß die Steinhauer oft in ganz engen Arbeitsstätten, und zwar auch an verhältnismäßig kleinen Steinblöcken zusammenarbeiten. Auch das ist doch zum mindesten hintanzustellen. Besonders machen sich diese Zustände im Steinerwald, Gabelbach und Zell am Main bemerkbar. Dort arbeiten mehrere Steinmeße bei flottem Gefälle an einem und demselben Steinblock.

§ 7 bestimmt, daß zur unzulässigen Vermeidung von Staubentwicklung in Steinbrüchen die Arbeitsplätze, die Werkstücke und Fußböden usw. bei trockener und warmer Witterung feucht zu halten sind. Abfall und Schutt sind täglich zu beseitigen. Diese Bestimmung wird fast gar nicht beachtet.

Weiter kommt in Betracht, daß es § 8 der Verordnung den Landesverwaltungsbehörden oder Polizeibehörden überläßt, nach Art. 120 der Gewerbeordnung gleiche Bestimmungen, wie solche für die Sandsteinarbeiter bestehen, auch für Dolomit oder ähnliche Gesteinsarten herauszugeben. Diese Bestimmungen dürften insbesondere auch auf die Bearbeitung des unterfränkischen Muschelkalkes anzuwenden sein, der in Deutschland wegen seiner eigenartigen Struktur jedenfalls keinen Konkurrenten findet. Gerade hier ist die Staubentwicklung ebenfalls sehr groß und es kommt hier dieselbe Schädlichkeit in Frage wie beim Sandstein, wenn auch nicht in demselben hohen Maße. Andererseits ist die Bearbeitung des Muschelkalkes wegen seiner Härte und Sprödigkeit sehr anstrengend. Infolge der scharfkantigen Staubkörner sind Augenverletzungen an der Tagesordnung. So erlitten z. B. 1913 in Hirschheim bei Würzburg in drei Viertelstunden bei durchschnittlich 200 beschäftigten Arbeitern 28 Personen 35 schwere Augenverletzungen. Man könnte einwenden, daß das Nichtbenutzen von Schutzbrillen zum Teil daran schuld sei; andererseits steht indes fest, daß die Steinarbeiter, soweit es ihnen möglich ist, diese oft eigenartigen Systeme von Schutzbrillen benutzen. Aber bei den meisten Augenverletzungen ist der Umstand schuld, daß mehrere Steinarbeiter enge zusammenarbeiten müssen und die Entfernung von einem zu bearbeitenden Steinblock zum andern nicht, wie es vorchriftsmäßig ist, 2 Meter, sondern meist weniger beträgt. Das sind die Ursachen der oft auftretenden Augenverletzungen.

Heute wurde schon angeführt, daß die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern sehr zunimmt. Nun geht aus den Berichten der Gewerbeinspektoren hervor, daß die Steinindustrie sehr dankbar ist; daß aber andererseits die Lehrlingsausbildung oder -Züchtung gerade in der Gegend von Würzburg sehr stark zunimmt, beweist folgendes: Die Firma Schilling in Kirchheim beschäftigt circa 170 Steinmeße und hat 88 Lehrlinge; die Firma Feldler in Kleinreinsfeld beschäftigt 15 Steinmeße und 22 Lehrlinge. Das damit erreicht werden soll, ist ohne weiteres klar. Man glaubt, hierdurch zunächst billige Arbeitskräfte zu erhalten. Wenn die Steinindustrie derartig dankbar ist, kann man doch nicht abhelfen schaffen, daß man durch Heranzüchtung weiterer solcher Arbeitskräfte die bestehende Arbeitslosigkeit in der Steinindustrie noch vergrößert.

Allgemein wird in den Steinbrüchen bemängelt, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten in Unterfranken, Oberfranken, Mittelfranken und Schwaben-Nürnberg meistens nur unter der Führung des Vertriebsleiters die Revision vornehmen. Gewünscht wird, daß bei der Gelegenheit auch die Vertreter der Arbeiter oder der bestehenden Arbeiterausschüsse mit herangezogen werden. Es ist leicht begreiflich, daß unter der Führung des Vertriebsleiters, des Unternehmers die Mängel nicht so bemerkt werden, als es der Fall wäre, wenn die Arbeiter mit herangezogen würden. Andererseits ist zu befürchten, daß Entlassungen vorgenommen werden, wenn die Arbeiter dem Gewerbeinspektor einen Bericht zu geben lassen. Ein Zusammengehen der Gewerbeinspektoren mit Vertretern der Arbeiter bei Durchführung der Kontrolle wäre also sehr am Platze. Daß die Kontrolle eine ungenügende ist, dürfte schon mein Kollege Dorn aus. Gerade in den Steinbrüchenbetrieben, wo die Unfallgefahr sehr hoch ist, und nur wenige Revisionen vorgenommen werden, macht sich am meisten der Mangel bemerkbar, daß keine Arbeiter als Aufsichtsbearbeiter hinzugezogen oder angestellt werden.

Kollege Dorn richtet eine Frage an die Rgl. Staatsregierung, inwiefern man den Wünschen der Abgeordnetenkommission vom vorigen Jahre bezüglich der Besetzung von Aufsichtsposten durch Vertreter

Die Geschichte der französischen Revolution in Zeitungsausschnitten.

Ein solcher Gedanke konnte nur in unsrer Zeit entstehen. Und die Menschen heute nun einmal sind, muß man schon zugeben, es kein erfolgloses Unternehmen ist, einen solchen Gedanken verwirklichen. Der Versuch des Verlags Albert Langen München, wichtige Dokumente aus alten deutschen Zeitungen herauszugeben für die Gegenwart, trifft mit verblüffender Sicherheit den überreizten Zug der gegenwärtigen Lesewelt, der ja ein andern der gegenwärtigen Kultur oder Unkultur ist. Zeitungen man schon lange nur noch in Ausschnitten, Bilder werden mehr worden als gelesen, studieren kann man nur noch im Exzerpt. Gebiete guckt kein Mensch mehr an, Romane erlebt man mehr gemächlicher als man sie liest und nun liest man auch Geschichte nach mit den Augen des Geschichtsschreibers. Eine so flüchtige Zeit die unsrige hat die Geschichte der Menschheit noch nicht aufzuheben. Und gewisse Leute haben für diese Flüchtigkeit ein feines Genie, sie wissen dem Zug der Zeit alles anzupassen, was sie unternehmen. Man denke an das Heer der berufsmäßigen Berichterhalter, Filmphotographen, an die Tageschriftsteller usw., und auch die Leser sind gezwungen, in ihren Verlagswerken auf das Papier lebenden Publikums Rücksicht zu nehmen.
Unser ganzes Schrifttum erhält dadurch einen lexikalischen Charakter, man kann sich heute in einigen Minuten über alles Denkliche aus dem Reich des Geisteslebens, der Technik, der Politik erheben, aber es schwindet damit auch aus dem öffentlichen und persönlichen Leben jenes seine feinsten Wesen, das bisher noch mehr als ein Zeichen wahrhafter innerer Kultur, als ein Zeichen eigener Bildung betrachtet wurde. Menschen aus der Zeit des achtzehnten Jahrhunderts würden die Nase rümpfen über den öffentlichen Charakter unsrer heutigen Kultur und sie als roh bezeichnen. Und leicht kommt auch noch einmal ein anderes Geschlecht der Menschheit, das ebenso urteilt; denn die kulturelle Entwicklung der Menschheit geht in auf- und absteigender Linie vor sich und man kann etwas Genaueres von der Kultur einer kommenden Zeit voraussagen.
Aber der Versuch, eine Spanne Zeit aus der Geschichte der Menschheit in Zeitungsausschnitten herauszugeben, hat auch die künstlerische Seite und in dem vorliegenden Fall * ist tatsächlich

ein Werk zustand gekommen, das auch einem Menschen von Geschmack einen hohen Genuß bereiten kann. Die „herausgehende Gewalt“ jener großen Zeit läßt man gern in ihrer prächtigen Unmittelbarkeit an der Seele vorüberziehen und wer auch nur geringe geschichtliche Kenntnisse hat, wird doch von der Zeit so gefesselt, daß er schon ein Mensch von Stein und Eis sein möchte, wenn er nicht für die Ideale jener Zeiten der Menschheit begeistert würde. Man schlage irgendeine Seite des Buches auf und man sieht mitten in Paris, vor der Barriere der Nationalversammlung, unter den „Kühnweibern“ der Marthalle, man sieht Ludwig XVI. unentschieden in den Tuilleries umherwandern, man hört die Phrasen der Schmeichler, die Krawalle in den Theatern — man erlebt auf jeder Seite ein Stück Revolution. —

Und man sieht die Kritiken des Auslandes sich abwickeln, die Heberlein in Preußen, Italien und England, als wäre alles nicht vor hundert Jahren, sondern gestern geschehen. Die „Tante Koss“ in Berlin ist der große Spiegel dafür, der unfähige deutsche bohemische Philister schimpft und mäkelt gegen Paris und Robespierre, dieser Ludwig von König in seiner Leidenschaftsperiode wird in dieser Beleuchtung zum Märtyrer Europas. Und in diesem Paternosterlicht schießt plötzlich wieder ein Blitzstrahl des revolutionären „Straßburger Kuriers“. Die Ereignisse treten so unmittelbar vor das Auge des Lesers, daß es einem beinahe schmerzt, wenn man sieht, daß Menschen wegen ihrer Ideale sich zerfleischen und daß man doch auch wieder Kraft daraus schöpft, wenn man sieht, welche Macht in der Seele und im Geiste der Menschen wohnt. Der Sturmvogel der Revolution ist ein furchtbares Tier, und es muß eine unermeßliche stilkliche Kraft im Menschen wohnen, wenn er nicht vor allen seinen Schrecken zurückbebt, um seine Ideale durchsetzen zu können.

Aus dem Trümmerhaufen Frankreich blüht dem Leser das ewige Ziel der Menschheit entgegen: Geiß umschlungen, Millionen! Und die unerschöpfliche Kraft eines edlen Volkes steigt immer wieder aus den Trümmern empor. Der Zauber eines nie dagewesenen Erdenglückes erfährt heute alles, was Menschenanliege trägt, und morgen arbeiten wieder die finsternen Mächte des Hades und der Verblendung. Diese Zeitungsausschnitte erfüllen eine furchtbare Größe des Menschengeistes, das Götter fürzt und zugleich wieder neue Mächte errichtet. Man spürt in diesen Märrern einen Hauch vom unsterblichen Geist der Menschheit und jeder Erdendürster darf sich glücklich schätzen, wenn ihm die Zeitereignisse eine Ahnung schenken von den Riesentritten der Menschheit, von ihrer unverwundlichen himmelstürmenden Kraft, von der unerschöpflichen Liebe zum Guten und zur Wahrheit.

Kinematograph und Dombau.

Die Einsturzgefahren, die in den letzten Jahren das Straßburger Münster bedrohten, und die trotz mehrerer schwerer Erdbeben im Rheintal die Befürchtungen nicht erfüllte, haben nichtsdestoweniger den Eifer um die Erhaltung des wunderbaren Baudenkmals nicht einschlafen lassen. Untersuchungen ergaben, daß das Uebel an der Turm, nämlich am Fundament, lag. Die durch diese Jahrhunderte hindurchgehenden Bauperioden des Straßburger Münsters hatten es mit sich gebracht, daß die romantische sowohl wie die gotische Baugeschichte Fundamente geschaffen hatte, die den damaligen Meistern allerdings nicht zur Ehre gereichten. Denn zwischen beiden lagerte eine schwarze Erdschicht, über deren Herkunft und Sinn man sich heute die Köpfe zerbricht, und die, zur Belastung durch den Turmpfeiler anzuwenden, den Anforderungen in keiner Weise genügt. Die Aufgabe der Dombauhütte bestand nun in nichts Geringerem, als eine neue Fundamentierung des Mauerwerks vorzunehmen, das heißt die gesunde Erdschicht unter dem Turm hinwegzuholen und ihm, der inzwischen in der Luft schwebte, ein neues Fundament zu geben. Diese Herkulesarbeit, die mit einem materiellen Aufwand von mehreren Millionen Mark zu bewältigen ist, wird naturgemäß mehrere Jahre hindurch einen Schneckenengang einschlagen. Erst wenn der Turmpfeiler wieder auf festen Füßen steht, kann an die Sanierung der jetzt überlasteten und im Versuch fortwährenden Schiffpfeiler herangegangen werden. Die Neufundamentierung in ihrer Kühnen und kunstvollen Anlage geschieht auf Zement und ist nach Verankerung der ausführenden Firma ohne direkte Gefahr des Einsturzes vorzunehmen. Trotzdem wird beim Bauprogramm, das auf der Theorie basiert, daß die eigentlich vom Turmpfeiler zu tragende Last durch Verankerung im Mauerwerk auf die benachbarten Gemäuerbereiche übertragen wird, mit aller Vorsicht verfahren, wie auch unter Zuhilfenahme der modernsten Hilfsmittel, nämlich der Erdbodenverankerung, deren Hauptstation für Europa sich in Straßburg befindet, und des — Kinematographen. Von einem äußeren, nicht erkrankten Turmpfeiler wird ein ständiger Lichtstrahl durch einen schmalen Schlitz nach dem inneren, operationsbedürftigen Pfeiler geführt. Ein an diesem angebrachter Spiegel wirft den Lichtstrahl auf den erkrankten Pfeiler zurück, der sich in Gesellschaft einer Filmkamera befindet. Gibt sich der photographierte Lichtstrahl als eine Gerade zu erkennen, so wird man unweigerlich in der Ausführung der Arbeit fortfahren können. Die Prüfung der Geraden um auch nur ein Hundertstel Millimeter würde Verunreinigung erwecken und weitere Vorkehrungsmaßnahmen erforderlich machen. Allein bis heute geht die Arbeit „gerade“ vor sich und es ist zu hoffen, daß das mutige Unternehmen am Ende, welches sich noch nicht voraussehen läßt, von schönem Erfolg gekrönt ist.

* Eberhard Wagner: Das Neueste von gestern. Kulturnotwendig interessante Dokumente aus alten deutschen Zeitungen. 4. und 5. Band: Die Zeit der französischen Revolution, Langen, München, a. Bd. 450 Pf.

des Arbeiterstandes Rechnung getragen habe. In Würzburg wurde eine Stelle mit einem Professor besetzt. Bei dieser Gelegenheit wäre die Möglichkeit geboten, aus den Arbeiterkreisen einen Vertreter heranzuziehen. Auch die sächsische Regierung ist längst dazu übergegangen, insbesondere in dem Steinbruchgebiete Pirna, aus den Kreisen der Steinarbeiter einen Aufsichtsbeamten anzustellen.

Dah gerade im Steinbruchgebiete der Mangel der Beachtung der Arbeiterbeschwerden besteht, geht auch aus dem Bericht des Gewerkeinspektors von Unterfranken hervor. Es ist hier erwähnt, daß sich in 882 kontrollierten Betrieben 1700 Beanstandungen ergaben. Die Hauptbeanstandungen beziehen sich auf den Betrieb von Steinbrüchen und Gräberstätten. In diesem Betrieb des Gewerkeinspektors für Unterfranken ist ausdrücklich hervorgehoben:

Die fortgesetzte Inerachtlassung der Rücksichten auf Leben und Gesundheit der Arbeiter in Steinbruchbetrieben hat in zwei Fällen die Schließung des Betriebs auf Grund des § 120 d der Gewerbeordnung zur Folge gehabt.

Ferner ist zu lesen:

Nicht hoch ist unter den Beanstandungen bezüglich der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen der Prozentzahl, der auf Steinbrüche und Steinhauerbetriebe trifft, in 152 Betrieben 270 = 30 Prozent Auflagen.

Diesem Bericht ist weiter zu entnehmen, daß bei dem Besuche der Sandsteinbruchbetriebe zwei Drittel aller Betriebsstätten leerstehend aufgefunden wurden.

Wenn schon der Gewerkeinspektor davon spricht, daß fortgesetzte Inerachtlassung der Rücksichten auf Leben und Gesundheit der Arbeiter zu bemerken war, so ist es um so notwendiger, daß den Steinbruchbetrieben mehr Augenmerk geschenkt wird.

Von den Strafen, die verhängt werden mußten, will ich nicht reden. Aber auch hier zeigt sich, daß sie im Gegensatz zu den Verhältnissen verhältnismäßig gering sind. (Bravo! bei den Sez.)

Das Baugewerbe im Jahre 1913.

Soviel steht fest: Das Baugewerbe hat selten so schlechte Zeiten erlebt als die des zu Ende gegangenen Jahres 1913. Wenn schon die allgemeine Wirtschaftslage eine durchaus nicht optimistische Beurteilung erfährt, so herrscht in bezug auf die abnormen Verhältnisse im Baugewerbe nur eine Meinung, deren pessimistischer Charakter in der Bezeichnung „Kauftrieb“ seinen Ausdruck findet. Daß diese Kennzeichnung am Platz ist, wird zur deutlichen Gewißheit durch einen Blick auf das trostlose Bild des Arbeitsmarktes der Bauarbeiter. Hier kamen nämlich auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 170 Bewerber zu.

	1909	1910	1911	1912	1913
Januar	441,37	490,49	396,58	458,88	530,55
Februar	643,56	342,27	364,60	357,14	392,86
März	235,04	157,53	101,00	160,96	201,18
April	126,98	146,78	128,01	141,44	198,21
Mai	112,25	182,00	116,34	123,31	212,25
Juni	155,79	157,26	124,86	130,46	185,39
Juli	147,92	136,57	117,75	139,24	197,50
August	180,85	145,29	125,38	148,44	219,41
September	119,55	134,04	100,93	129,02	163,51
Oktober	189,70	199,45	141,98	163,30	228,18

Ein solches Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkte, und zwar das ganze Jahr hindurch, ist das bezeichnende Merkmal des Berichtsjahres, im Vergleich zu welchem die entsprechenden Rhythmen der Vorjahre sich auf einem bedeutend niedrigeren Niveau bewegen. Wenn schon ohnehin die vor allem in den Städten vorhandene Ueberproduktion an Wohnungen der vorjährigen Konjunkturwelle einen fühlbaren Damm entgegengekehrt hatte, und wenn schon im Vorjahre von seiten der Geldinstitute die Bau- und Hypothekentredite ganz erheblich eingeschränkt worden waren, so haben die Geldmarkterhältnisse des Jahres 1913 der schwächsten Möglichkeit einer Ueberhebung der Bauaktivität den Todesstoß. Die Unternehmungen hielten sich in den ersten neun Monaten des abgelaufenen Jahres in so engen Grenzen, wie es selbst in den für das Baugewerbe ungünstigen Jahren der letzten Vergangenheit nicht der Fall gewesen war. Dies veranschaulicht die nachstehende Tabelle:

Jahr	Neugründungen	Kapitalerhöhungen	Summe der Neugründungen
1909	55,32	9,96	65,28
1910	45,22	5,72	50,94
1911	37,98	10,96	48,94
1912	26,49	24,11	50,60
1913	31,71	14,07	45,78

Die in den ersten neun Monaten zum Zwecke von Neugründungen angeforderte Summe bleibt hinter sämtliche Vergleichsziffern der vergangenen Vorjahre zurück. Im Oktober jedoch trat eine Wendung ein, indem der Geldmarkt eine nicht unbeträchtliche Erleichterung erfährt und seine Funktionen allmählich auch wieder nach der Richtung der Bau- und Terraingeschäfte in Wirklichkeit treten ließ. Im Oktober erreicht der Umfang der Neugründungen die Summe von 7,17 gegen 2,25 Millionen Mark im entsprechenden Vorjahresmonat. Die Dividendenresultate der Bau- und Terraingesellschaften, die in den Monaten Januar bis Oktober ihre Bilanzen vergleichbar veröffentlichten, ergeben sich aus folgender Zusammenstellung:

	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital in Mill. Mark	Dividende in Prozent
Terraingesellschaften	169	578,00	2,5
Baugesellschaften	121	135,75	5,9
Insgesamt	290	713,75	3,4

Die im letzten Jahre zur Verteilung gelangte Dividende zeigt also gegen das Vorjahr eine Senkung um 1,1 Prozent. Auf Grund von 308 in den ersten neun Monaten publizierten Geschäftsberichten, die einen Vergleich mit dem Vorjahre zulassen, ergibt sich, daß der Nettogewinnüberschuss von 2,21 auf 1,11 Millionen Mark zurückgegangen ist.

Dupont, 25 Jahre Vorsitzender des Bildhauer-Verbands.

Der Vorsitzende des Bildhauer-Verbands, Genosse Paul Dupont, hat seine Tätigkeit nun bereits 25 Jahre aus. Der Jubilär ist den höchsten Steinmetzen eine wohlverdiente Persönlichkeit, denn eine Reihe von Berufsausgleichsentscheidungen zwischen Steinbildhauern und Steinmetzen hat Dupont schon oft regeln helfen. Ueber seine langjährige Verbandstätigkeit schreibt man Genosse August Rüttich in der „Bildhauerzeitung“ folgendes:

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat eine Anzahl Jubilare hervorgebracht. Infolge der verschiedenen Verhältnisse, die während der Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationsbewegung sich bisher ereignet haben und ihr jahrgewaltiger Fortschritt, sind die Jubilare in der Regel von der Bewegung getrennt geblieben. Es ist daher ein erhebliches Gefühl, für einen Jubilär, nach Jahrzehnten zurückzublicken zu können auf die Entwicklung der Organisation, an deren Wachstum und Gedeihen sie noch großen Anteil gehabt haben.

Wie sich nicht nur dieses Gefühl gemacht werden bei denen, die während sie durch das Bestehen der Mitglieder an die Spitze der Organisation gestellt worden sind, die Erfolge einer jahrgewaltigen Bewegung zu erleben und mitzuerleben, sondern auch die Organisation selbst, die als Führer des Bestehens der Gewerkschaftsbewegung, die trotz mancher Schwierigkeiten doch immer vorwärts geschritten ist, das Amt nach Dupont, der während der letzten Jahre die Organisation, deren Wachstum und Gedeihen sie noch großen Anteil gehabt haben.

es, allen Stürmen trotzend, sicher durch die politischen und wirtschaftlichen Wogen hindurchzudringen.

Die Zahl solcher Jubilare, die an leitender Stelle der Organisation ein Vierteljahrhundert ihre Tätigkeit überdauern können, ist begreiflicherweise zurzeit noch gering. Soweit uns bekannt, hat bisher nur der Vorsitzende des Bildhauer-Verbands dieses feierliche Jubiläum begehren können. Ihm ist nun als nächster der Vorsitzende des Zentralvereins der Bildhauer, unser Kollege Paul Dupont, als Jubilär gefolgt.

Mit der Überlegung unserer Organisation von Stuttgart nach Berlin, die auf der Generalversammlung in Stuttgart im Jahre 1888 beschlossene wurde und am 1. Januar 1890 erfolgte, übernahm Kollege Dupont das Amt eines ersten Vorsitzenden, damals, zur Zeit des Sozialistengesetzes, unter besonders schwierigen Verhältnissen. Als zu dem gleichen Zeitpunkt an Stelle der Zeitschrift für Plastik das Organ für die Interessen aller Bildhauer und Angeler für den Unterfränkischen Verein der Bildhauer Deutschlands eingeführt wurde, wurde Dupont als Redakteur dieses Organs bestellt, und er hat diesen Posten auch bei der ab 1. Oktober 1891 achtjährig erscheinenden Bildhauerzeitung bis in die gegenwärtige Zeit beibehalten. Es ist vornehm ein doppeltes Jubiläum, zu dem wir heute den Vorsitzenden des Zentralvereins der Bildhauer und den Redakteur unseres Verbandesorgans beglückwünschen können. Und weit über die eigene Organisation hinaus war Dupont mit der Vertretung der Interessen der Bildhauer beauftragt, denn seit etwa einem Jahrzehnt ist er auch Internationaler Sekretär an Stelle des von der Internationalen Bildhauerkonferenz in Nürnberg geschaffenen Internationalen Agitationskomitees der Bildhauer.

Doch eine solche vielseitige und verantwortungsvolle Tätigkeit ist nicht immer so abwidert, wie es im Sinne des Führers und der Geführten liegt. Ist bei unserer bewegten politischen und wirtschaftlichen Situation, bei der großen Zahl der Feinde der Arbeiterbewegung, bei der bekannten Stellung der Unternehmer, ganz besonders aber bei einer verhältnismäßig kleinen Organisation nur zu begreiflich.

Trotzdem können wir aber mit Vergnügen und berechtigtem Stolz sagen, daß die Widerwärtigkeiten, auf die der Zentralverein der Bildhauer Deutschlands getroffen ist, verhältnismäßig leicht beseitigt wurden, und wo die Organisation innerlich oder äußerlich in eine kritische Situation gedrängt worden ist, da ist durch festes Zusammenhalten, durch kluge Ermahnungen und nicht zuletzt durch das Vertrauen, das zwischen den Leitern und den Mitgliedern der Organisation bestand, jede Gefahr erfolgreich beseitigt worden. Und immer wieder stand die Organisation kräftiger und selbstgestärkter als je zuvor. Diese Entwicklung der Organisation, ihre geachtete Stellung bei den Berufsangehörigen wie bei den Gegnern dürfte gerade jetzt, nach 25-jähriger Arbeit, nicht allein den Mitgliedern, sondern ganz besonders dem ersten Leiter unserer Organisation zur Vergnügen gereichen.

So ist das Jubiläum des Kollegen Dupont zugleich ein Jubiläum der Organisation, an dem die organisierten Bildhauer in ganz Deutschland lebhaft Anteil nehmen werden. Sie werden die Verdienste, die sich der Jubilär um die Organisation erworben hat, dankbar anerkennen, sie werden, gleich ihm, bereit sein, auszuhalten und im Interesse der Organisation weiter zu wirken.

Hoffen wir, daß der Jubilär noch recht lange seine Kraft in den Dienst unserer Organisation stellt und daß das gegenseitige Vertrauen weiter erhalten bleiben möge. Das dürfte im Interesse einer gesunden Weiterentwicklung des Organisationsgedankens und der gesamten Kollegenschaft nur zum Vorteil gereichen.

Diesem Glückwünschen schließen wir uns vollinhaltlich an. Genosse Dupont hat immer mit dem Verbands der Steinarbeiter in guter Fühlung gestanden, wobei wir hoffen, daß es weiter so bleibt.

Die Produktion des Königsreichs Bayern an Steinen und Erden von 1910 bis 1912.

Nach den Angaben des kgl. Bayerischen Statistischen Landesamtes hatte die Produktion Bayerns an Steinen in den Jahren 1910-1912 die folgenden Ergebnisse:

Jahr	Betriebene Werke	Durchschnittl. Arbeiterzahl	Produktion	
			Menge in Tonnen	Wert in 1000 Mk.
1. Spedstein:				
1912	8	93	3 221	228,0
1911	6	82	3 431	230,9
1910	6	80	3 083	225,2
2. Schwerspat:				
1912	17	199	27 199	208,3
1911	13	193	26 234	187,8
1910	8	197	24 711	162,3
3. Kalkstein, Marmor und Dolomit:				
1912	367	2905	1 005 272	1832,9
1911	348	2212	952 881	1975,6
1910	334	2081	987 689	1932,2
4. Sandstein:				
1912	555	3084	450 428	2361,6
1911	570	3484	606 871	3523,9
1910	559	3126	492 581	2823,4
5. Basalt:				
1912	22	1100	980 765	1864,7
1911	21	931	792 538	1282,2
1910	19	906	800 886	1413,1
6. Granit:				
1912	198	3511	468 467	3400,3
1911	172	3429	419 314	2738,3
1910	168	3172	351 690	2088,1
7. Porphyrt, Melaphyr, Diabas, Serpentin:				
1912	56	1753	525 243	1191,5
1911	1	562	234 802	234,8
1910	55	1191	260 441	956,7
8. Lithographiesteine:				
1912	33	699	9 903	1468,6
1911	30	645	8 175	1347,4
1910	23	624	9 780	1820,0

Die größte Steigerung der Arbeiterzahlen entfällt auf die Basalt- und Granitindustrie. Besonders haben die Basaltbetriebe in der Rhön eine ziemlich Ausdehnung erfahren. Bedauerlich ist es, daß die Sandsteinindustrie abermals zurückgegangen ist. In Bayern erzieht eine starke Steinindustrie, aber das Land selbst bietet nicht die genügende Absatzmöglichkeit. In Mitteldeutschland sind eine Reihe neuer Betriebe entstanden, welche hauptsächlich für das nördliche Deutschland liefern. Daraus ging der bayerischen Steinindustrie ein großes Abwärtsgewicht verloren. Vor zehn Jahren noch wurde in Berlin Schieferarbeit aus bayrischem Sandstein und Granit verwendet. Heute ist eine solche Verwendungsmöglichkeit für Berlin zur Seltenheit geworden.

Verforgungsposten für Sozialistenreferent.

Mit dem 1. Januar 1914 ist die Krankenversicherung in Kraft getreten und mit ihr die Vorschriften, die das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen einengen. Bekanntlich haben die Arbeiter für die sogenannte Versicherungsbeitragsgewalt über 5 Prozent ihres Einkommens als Mitgliedsbeitrag zu leisten — unerschwerdlich der Beiträge, die nominal der Arbeitgeber zahlt (1/2 bei der Kranken- und bei der Unfallversicherung), die aber tatsächlich nur einen sehr geringen Teil des Lohns genommenen Abzug dar-

stellen. Dafür hat die Reichsversicherungsordnung, dieser Maßnahme von Ungerechtigkeiten gegen die Arbeiter und von Unrecht, das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter noch stärker zu dem: eingeschnürt und die Möglichkeit eröffnet, aus Arbeiterverpflichtungen Offiziere und Unteroffiziere a. D., Reichswehrangehörige und sonstige gegen die Gleichberechtigung der Arbeiter eifernden zu befehlen.

Diese Möglichkeit ist nicht auf dem Papier stehen geblieben. Sie ist seit dem Neujahrstag Wirklichkeit geworden. Als eine traurige Folge bürokratischer Eingriffe in die Selbstverwaltung registrierten wir vor einigen Tagen die Bestallung eines a. D. zum 1. Januar 1914. dotierten Vorsitzenden der Ortskrankenkasse in Pommern. Welt über diesen Fall hinaus symbolisch ist das Vorgehen des Versicherungsamtes in Leipzig.

Die Ortskrankenkasse in Leipzig ist als eine der besten in Deutschland bekannt. Vorbildlich und in bestem Einvernehmen arbeiten in ihr Arbeiter- und Arbeitgebervertreter zum Wohle der Krankenkassenmitglieder. Das paßt einigen der neu gewählten Arbeitgebervertreter der Kasse nicht. Sie lehnten zweimal ab, einen darauf geeigneten Arbeitervertreter zum Vorsitzenden zu wählen. Darauf ernannte das Reichsversicherungsamt zum Vorsitzenden durch seine sozialistischeren Vorzüge in Leipzig den gewählten Rechtsanwalt Professor Dr. Woerner. Es hat Herr Dr. Woerner von 6000 Mk. jährlich als Entgelt erhalten, und zwar 300 Mk. monatlich für seine persönlichen Leistungen und 200 Mk. monatlich für die von ihm im Beruf zu leistenden Pflichten. Das Gehalt soll er auch während eines Dienstjahres beziehen, während dessen er für die Kasse die Haupt nicht tätig sein kann, weil er eine achtstündige militärische Dienstleistung zu leisten und im Sommer vier Wochen auf dem Kriegsschauplatz sein soll. Der bisherige Kassenvorstand — ein Genosse — hielt 1500 Mk.

Das Versicherungsamt Leipzig hat das neue Jahr aber nur mit dieser geschmacklosen Handlung eingeleitet. Das heißt, das über die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zu berufen ist, hat angeordnet, daß eine auf den 7. d. M. einberufende außerordentliche Sitzung des Kassenausschusses nicht in der Kasse, sondern in einem „politisch-neutralen“ Lokal abgehalten ist. Dieser Beschluß entbehrt jeglicher gesetzlichen Grundlage. Der Beschluß, die Ausschusssitzung im Lokal abzuhalten, ist im Kassenvorstand einstimmig gefaßt. Der Kassenvorstand hat die gesetzliche Befugnis im Beschlußverfahren. Außerdem ist die Entscheidung des Begriffs „politisch-neutrales“ Lokal. Was versteht das Versicherungsamt darunter? Lokal, das nicht von Arbeitern erbaut ist, oder ein Lokal, in dem Arbeiter politisch gesinnungslos ist oder was sonst?

Arbeitslosenversicherung durch die Gemeinden.

Nach einer neueren Statistik bestehen zurzeit folgende gemeinliche Arbeitslosen-Unterstützungskassen:

Ort	Art der Unterstützungseinrichtung	Wahljahr
Berlin-Schöneberg	Zuschüsse an Verbände und Sparer	1888
Berlin	Freiwillige Versicherungsanstalt (1911/12)	1911
Erlangen	Zuschüsse an Verbände	2 000
Freiburg i. B.	Zuschüsse an Verbände und Sparer	1 000
Schwäbisch-Gmünd	Zuschüsse an Verbände	1 000
Kaiserlautern	Zuschüsse an Verbände	5 000
Mannheim	Zuschüsse an Verbände (Gewill. 1913)	25 000
Mühlhausen	Zuschüsse an Verbände	2 000
Strasbourg	Zuschüsse an Verbände	3 000
Stuttgart	Zuschüsse an Verbände und Sparer	9 000
Erlangen	Zuschüsse an Verbände (15. Okt. 1913 gegül.)	3 000

Unterstützungen an Arbeitslose gewährten auch die Städte, Münchener, Passau und Eupen. Das ist im großen und ganzen die positive Leistung der deutschen Kommunen für die Arbeitslosenversicherung. Die Städte, die in den letzten Jahren Beiträge auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung abgaben, verdienen besondere Anerkennung. Es sind: Augsburg, Linde, Wilmersdorf, Braunschweig, Charlottenburg, Danzig, Duisburg, Eberfeld, Halle a. S., Hamburg, Hof, Kopenhagen, Kassel, Leipzig, Regensburg, Spandau, Solingen, Wiesbaden, Würzburg. Die Zahl der Kommunen, die Unternehmungskassen einlegten, ist ungefähr so groß wie die Zahl der Städte, die Arbeitslosenversicherung durch freiwillige Sammlungen über 200 Mark aufgebracht hat, um den arbeitslosen Mitgliedern eine Ersatzleistung zu bereiten, während die Stadtverwaltung für die Arbeitslosen nur kleine Beiträge übrig hat. Auch in Berlin brachten die Gewerkschaften und die Partei über 60 000 Mark die Arbeitslosen zum Weihnachtsfeste auf. Es ist wahrlich an der Zeit, daß die Gemeinden ihre sozialen Aufgaben ernstlicher nehmen, dem Volk, das ihnen die Gewerkschaften geben, etwas mehr zu tun!

Verfall der Volksversicherung im Jahre 1912.

Einer der allgemein anerkannten Nachteile bei der Volksversicherung ist der ungemein häufige vorzeitige Verfall der Versicherungen in den ersten drei Jahren. Wenn der Versicherte in dieser Zeit seine Prämien nicht mehr zahlen kann, erlischt bei den Privatgesellschaften die Versicherung unter vollem Verlust der bezahlten Prämie. Die durch die Genossenschaften und Gewerkschaften gegründete Volksversicherung stellt diesen großen Nachteil dadurch ab, daß sie bei Nichtweiterzahlen im ersten Jahr der Versicherungsbauer die bereits bezahlten Prämien unter einem angemessenen Prozentsatzes für Risiko und Verwaltung einmalige Prämie auf die Spartenversicherung überträgt, und die Versicherung in eine prämienfreie Versicherung umwandelt.

Daß diese Reform eine große Bedeutung für das arbeitende Volk hat, das zeigt offenkundig die große Zahl der jährlich prämienlos verfallenden Versicherungen in nachfolgender Tabelle:

Gesellschaft	Gesamt abgang	Darvon Verfall ohne Vergütung insgesamt	Darvon Verfall ohne Vergütung in Prozent
Victoria	316 303	88 686	28,0
Friedrich Wilhelm	136 369	131 161	70,4
Hanna	66 507	52 977	79,7
Wilhelma	26 202	20 637	78,5
Deutschland	11 227	7 547	67,2
Arminia	16 675	4 567	27,4
Hamburg-Mannheim	15 009	11 170	74,4
Arminia	7 058	4 069	57,6
Allg. Deutsch. Ver.-Verein	2 280	708	30,9
Freya	9 175	9 007	98,2

Bei der Volksfürsorge ist ein Verfall der Policen beinahe ausgeschlossen.

Kollegen! Seid unausgebeutet tätig für eure Organisation!

ragt die Gruppe „Dienende“ mit 4025 Personen (24 v. S.), Be-
leidigungsgewerbe 1937 (11,5 v. S.), Textilindustrie 1900 (11,4 v.
S.), häusliche Dienste mit 1118 Bediensteten (6,7 v. S.). Diese sechs
Gruppen umfassen mehr als zwei Drittel der bediensteten Frauen.
Welches Elend spricht aus diesen Zahlen. Tausende von
Frauen, Müttern der zukünftigen Generation, tuberkulös. Die
Frauenarbeit wird am niedrigsten entlohnt und die Arbeitszeit,
die in der Bekleidungsindustrie, ist eine außerordentlich lange.
Hier sind alle Vorbedingungen zur Ausbreitung der Tuberkulose
gegeben. Will man wirklich, daß die Zahl der Tuberkulosekranken
abnimmt, dann, ihr Industriemagnaten, erfüllt die Forderungen
der Arbeiterschaft. Der mit dem Achtfundentag. Bezahlt höhere
Löhne. Sorgt mit, daß gesunde, billige Wohnungen für die Ar-
beiterschaft gebaut werden!

Dies allein kann die Ausbreitung der Tuberkulose hindern,
denn Bekleidungskunden, wo sich die schon Erkrankten in Pflege begeben
können, wo auch ein Heilerfolg eintritt, solange der Kranke nicht zu
arbeiten braucht und gut zu essen bekommt, machen der Humanität
alle Ehre, es sind aber nur Palliativmittel, meist nicht von dauernder
Wirkung. Besser aber ist es, vorzuziehen, daß die Krankheit ver-
mieden oder doch eingeschränkt wird. Dazu gehören ausreichende
Lebensmittel, frische Luft, gesunde Wohnung.

So mancher Streik, der erst nach hartem, langem Ringen gegen
den Unverstand und Herrenhändpunkt der Industriebesitzer ge-
wonnen werden konnte, durch den kürzere Arbeitszeit und höherer
Lohn erreicht wurde, hat Hunderte von Arbeitern oder Arbeiter-
innen vor dem Tuberkulosefieber gerettet. So haben auch hier die
Arbeitserorganisationen einen Anspruch darauf, bei der Bekämpfung
der Tuberkulose tatkräftig mitgewirkt zu haben.

Auch die Zahl der Tuberkulosekranken müßte den Arbeitern
sagen, alles zu tun, die Organisations zu stärken, denn nur durch
die gezielten, werden die Industriebesitzer zur Einführung kür-
zerer Arbeitszeit, zur Zahlung höherer Löhne zu bewegen sein.

Italienische Emigration.

Es war ein gewagter Schritt, als wir letztes Jahr noch im
Monat November und Dezember an die Uebernahme einer aufzu-
nehmenden Statistik über italienische Emigration gingen. Die Zeit
für Ausfüllung der betreffenden Statistikbogen war einerseits zu
kurz und andererseits konnte keine weitere Vertiefung über die
Art der Ausfüllung der vorgemerkten Fragen mehr stattfinden.
Nebenbei bemerkt, war dies das erste Mal, daß in Deutschland eine
detaillierte Statistik aufgenommen wurde.

Nehmen wir die hier angegebenen Punkte in Betrachtung,
so müssen wir uns vorläufig nicht eine umfassende Zusammenfassung
erwarten, aber doch muß gesagt werden, daß trotz dieser Hindernisse
wir mit dem Resultat der Aufnahme zufrieden sein können und
daraus ersichtlich ist, daß diejenigen Sektoren, welche mit italieni-
schen Mitgliedern oder Arbeitskollegen zu rechnen haben, kein kleines
Interesse an der Winterstatistik aufweisen.

Die Winterstatistik in Italien, welche dieses Jahr nicht in
demjenigen Umfange betrieben wird wie im Vorjahre, hat mit dem
4. Januar begonnen, und ist die von uns vorgenommene statistische
Zusammenfassung über Herkunft der italienischen Steinarbeiter,
im Auslande beschäftigt, für die Referenten ein nicht zu unterschätzendes
wertvolles Material. Sie ergeben daraus, in welchen Orten organi-
sierte Steinarbeiter vorzufinden sind und in welchen Orten dies
nicht zutrifft.

Für uns bietet das Resultat auch viel Interessantes, weshalb
wir hier auf einige Details eingehen. Wir scheiden hier aus der
Gesamtstatistik die Angaben von Deutschland aus und be-
schaffen uns nur mit diesen. Bekanntlich haben sich an der Statistik
11 Orte, die gibt Auskunft über 223 Kollegen. Von diesen sind 180
organisiert, 43 nicht. Ueber den Winter gehen 117 Kollegen heim,
in Deutschland, am Arbeitsort, bleiben 96 Mann. Ueber die Her-
kunft dieser Kollegen ergibt sich folgendes Bild:

Provinz	Stelle	24 Kollegen
Vincenza	20	
Treviso	19	
Novara	19	
Belluno	13	
Como	8	
Padua	4	
Cremona	2	
Anderer Provinzen	4	

Die Nichtorganisierten kommen mit wenig Ausnahmen aus fol-
genden Orten: Pove, Provinz Vincenza, Belluno, Cavera,
Sovana, Anzu, Provinz Veltre, und Padalko, Provinz
Trentino.

Beschäftigt sind diese Nichtorganisierten in Wulfrath, Mülheim
an der Ruhr und Andlau.

Dies ist das Resultat. Es ist zu hoffen, im laufenden
Jahre eine umfassende Statistik aufsetzen zu können dadurch, daß
regelmäßig das Sammeln bezüglich des Materials vorgenommen wird.

Korrespondenzen.

Grailsheim. Mitte Dezember v. J. wurde mit der Firma Ger-
mann Burret-Stuttgart für die Werkplätze Röllental und Ball-
hausen bei Grailsheim der unterfränkische Maschinenbauverein
aufgegründet. Mit den übrigen Firmen geschah das schon im
Laufe des letzten Sommers. Der überall wohlbekannte Herr Burret
entließ nun am 22. Dezember v. J. sämtliche Kollegen mit der Be-
gründung, daß die Arbeit nicht preistiere, wenn die Arbeit weiter
aufgenommen wird, werde er es jedem mitteilen. Herr Burret demt
aber nicht mehr an das Versprechen und stellt von anderwärts Kol-
legen ein. In den letzten Tagen haben nun einige Kollegen, welche
vorher im Betrieb tätig waren, Herrn Burret persönlich auf sein
Versprechen aufmerksam gemacht. Darauf erklärte der Herr, daß
er sie überhaupt nicht mehr einstellt. Auf Befragen, warum das
geschehe, beruhte Herr Burret allerhand Ausreden. Unter anderem
erklärte er, er lasse sich nicht vorzeichnen, wenn er einstellt habe.
Wir werden dafür Sorge tragen, daß die Pläne des letzten Herrn
nicht in Erfüllung gehen. Es wurde deshalb beschlossen, über die ge-
nannten Werkplätze die Sperre zu verhängen. An die Kollegen
allerorts richten wir die dringende Bitte, Arbeitsangebote dieser
Firma unter allen Umständen abzulehnen.

Chringendorf. Am 28. Dezember fand unsere Generalver-
sammlung statt. Nach Verlesen des Protokolls gab der Vorsitzende
bekannt, daß am 18. Januar für Thüringen in Weimar eine Ban-
arbeiterkongression stattfinden wird. Als Delegierter hierzu wurde
der Kollege Paul Satz gewählt. Als 2. Punkt wurde über die
Kanzelung des Ortsgerichts für Weimar verhandelt. Die Kol-
legen wurden sich dahin einig, bei durchreisenden Mitgliedern eine
Schlafstätte zu bewilligen. Ausgezahlt wird dieselbe zwischen
6 und 7 Uhr bei Paul Satz, Weimar, Bagdorfstraße 20. Ferner
wurde bekanntgegeben, daß die Firma August Voigt in Weimar
60 Kubikmeter weißen Sandstein zur Innenarbeit für das Justiz-
gebäude erhalten hat. Diese Firma hat den Tarif bis jetzt noch
nicht unterschrieben, und so wurde der Vorsitzende beauftragt, am
29. Dezember den Tarif vorzulegen. In die Tarifkommission wür-
den gewählt: Bernhard Kämpf, Leopold Schatz, Oskar Bister und
Max Satz. — Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Vor-
sitzender Paul Satz; Stellvertreter Karl Moritz, Chringendorf; Kas-
sierer der Zahlstelle: Bernhard Kämpf, Chringendorf 115. Als
Ortskassierer für Weimar der Kollege Oskar Bister, Stierbürger
Straße 78; Schriftführer Ferdinand Baumgarten; Revisoren Mi-
helm Fischer und Max Satz. Der Vorsitzende machte noch auf-
merksam, daß die Bezirksjahresversammlung am 25. Januar in
Wagners Restaurant, Chringendorf, nachmittags 2 Uhr, stattfinden
soll. Die Tätigkeit des Vorstands wurden 20 Mk. bewilligt.

Görlitz. Am 13. Dezember 1913 tagte im Vereinslokal unsere
Mitgliederversammlung. Beim Punkt Neuwahl des Vorstandes

gingen als gewählt hervor die Kollegen Hentschel als erster, Groß-
mann als zweiter Vorsitzender, Suße als Kassierer, Hochmann als
Schriftführer, Königebeder und Knobloch als Kartellbegleiter, als
Revisoren: Förster und Hoffmann. Im Verschiedenen Lage der
Kassierer, daß schon wieder einige Kollegen mit ihren Beiträgen über
acht Wochen im Rückstande sind. Dieses wurde von der Veram-
mlung scharf gerügt, und es wurde dem Kassierer aufgegeben, gegen
diese Kollegen streng vorzugehen, damit diese Lausheit nicht wieder
eintreife. Dann wurden noch einem kranken Kollegen, welcher schon
einige Wochen im Krankenhaus liegt, 10 Mk. aus der Kartellkasse be-
willigt. Ferner wurde vom Kassierer noch das unschöne Verhalten
durchreisender Kollegen gerügt, welche das Plagsgesent zu viel mal
beanspruchen, indem sie auf dem Werkplatz das Gesent in Ent-
sorgung nehmen und dann auch noch einmal in die Wohnung des Kas-
sierers laufen und dort dasselbe noch einmal fordern. Das Plag-
gesent wird nur auf dem Werkplatz von Scholz Nachf. ausbezahlt.

Hamburg II. Unse am 17. Dezember 1913 stattgefundene Ver-
sammlung, die zugleich auch die letzte der Hamburger Zahlstelle II
war, leitete Kollege Melchior, der zum letzten Mal den Vorsitz führte.
Melchior gab zum Vorstandsbereich bekannt, daß sich wohl ein aus-
sichtliches Stefort erkläre, da ja sämtliche Kollegen die beiden für
uns großen Bewegungen des letzten Jahres: die Lohn- und Ver-
schmelzungsverhandlungen mitgemacht und deshalb noch in lebhafter
Erinnerung hätten. Melchior, der als Vorsitzender unermüdlich für
die Interessen der Kollegen tätig war und daher bei den meisten
Hamburger Meistern sehr in Bezug stand, dankte den Kollegen für
das ihm in den Jahren seiner hiesigen Tätigkeit entgegengebrachte
Vertrauen und die ihm in Zeiten der zeitweise zeitlichen unfrei-
willigen Arbeitslosigkeit erwiesene Mitleidenschaft und wünschte den
Kollegen bei seinem Scheiden aus unsern Reihen alles gute. Am
17. Dezember trat nämlich Melchior in die Ortskrankenkasse als An-
gestellter über. Kollege Belgang dankte dem Scheidenden namens der
Versammlung für die jederzeit uneigennützigte Aufopferung zum
Wohle der Kollegen. Wie in den vorhergehenden Jahren wurde auch
diesmal eine Weihnachtunterstützung für die Arbeitslosen bewilligt
und zwar erhielten Verheiratete 15, Ledige 10, Nichtunterstützung-
berechtigte und Zureichende 5 Mk. Ein Antrag des Vorstands,
während der Arbeitslosigkeit die Beiträge zur Ortskrankenkasse aus
der Erwerbslosenkasse zu zahlen, wurde einstimmig angenommen.

Görlitz. Am 16. Dezember tagte im Gewerkschaftslokal
eine stark besuchte Mitgliederversammlung, die sich in der
Hauptfrage mit der Tarifänderung befaßte. Kollege Müller
Striegau gab einen Überblick über die gegenwärtige Lage der Stein-
industrie. Dann kam er noch auf die Delegiertenversammlung zu
sprechen, welche zu dem Schluß gekommen war, den Tarif, welcher
in seiner ganzen Umfassung wohl verbesserungs- und reformbedürftig
ist, in diesem Jahre nicht zu kündigen. An die Ausführungen des
Kollegen Müller schloß sich eine ausgiebige Debatte, welche sich im
selben Sinne bewegte. Einstimmig kam die Versammlung zu dem
selben Entschluß, den Tarif nicht zu kündigen. Beim zweiten Punkt,
Wahl der Ortsverwaltung, wurde Schüller als Vorsitzender, Scholz
als Kassierer und Prenzel als Schriftführer wiedergewählt. Als
Revisoren wurden Günther, König und Schenker gewählt. Darauf
gab Kollege Böhm noch den Kartellbericht. Es wurde auch ein An-
trag angenommen, in der nächsten Versammlung einen Vortrag
halten zu lassen, worin Aufklärung über die Unfallmeldungen und
ihre Folgen geschaffen werden soll.

Königswalde (Kr. Neuzelle). Am 4. d. M. fand im Lokale des
Herrn Schwarze in Neuzelle die Generalversammlung der
Zahlstelle des Steinarbeiterverbandes statt. Nach Erzielung der
Wahlen für die Lokalverwaltung referierte Kollege Steininger.
Vergangenes über die Aufgaben der Gewerkschaften. Unter anderem be-
handelte er auch die Entwicklung der Arbeiterverbände und ihre
Agitationsmethoden. Die Arbeiterschaft müsse alles daransetzen,
ebenfalls so umfangreiche Agitation zu betreiben. Im Verschiede-
nen kam die Kartellfrage zur Sprache. Steininger schloß, daß aus-
das an die Gewerkschaft gerichtete Schreiben nur wenige Antworten
erfolgt sind. Bei der persönlichen Rücksprache mit den Wirten hätten
zwar alle, bis auf H. Bittner in Königswalde, erklärt, ihre Lokale
zur Verfügung zu stellen, falls dem alle Wirte entgegenkämen. Die
ablehnende Haltung des Wirtes Bittner veranlaßte auch die an-
deren Saalbesitzer, ihre Stellung zu ändern und die Lokale zu ver-
weigern. Die Arbeiterschaft müsse nun selbst die Konsequenzen
ziehen. Eigentlich ist das Verhalten Bittners, welcher den Gegen-
satz sein Lokal zur Verfügung stelle, uns aber strikte hinausweist.
Ordnung wurde ferner darüber, daß die Arbeiterschußvorschriften
von den Unternehmern so wenig beachtet werden, wodurch gerade
in letzter Zeit eine Anzahl von Unfällen verschuldet wurde. Der
Gauleiter wurde aufgefordert, die nötigen Schritte zu unternehmen,
damit den gesetzlichen Bestimmungen mehr Rechnung getragen werde.
Von Einzelnen wurde noch vorgebracht, daß sich jetzt eine Anzahl
von Personen auch um die Steinarbeiter interessieren, was vor dem
Eingreifen des Steinarbeiterverbandes nicht zu verzweifeln war.
Ist, wo die Arbeiter die Notwendigkeit der Organisation und
ihren Wert begriffen haben, finden sich auch Leute, denen es er-
laubt einfällt, daß die Lage dieser Arbeiter verbesserungsbedürftig
sei, die aber in Wirklichkeit nur Unternehmerinteressen vertreten.
Mit der Aufforderung, trenn zur Organisation zu halten, wurde die
Versammlung geschlossen.

Kuppberg. Im „Steinarbeiter“ Nr. 9 vom 1. März 1913 habe
ich in einem Artikel (Aus dem Solnhöfer Lithographiesteingebiet)
u. a. dargelegt, wie die in dortiger Gegend bestehende Millionenfirma
Fischer u. Kluge mit der Nachbarfirma (Solnhöfer Lithographiesteingebiet)
seit Jahren wegen einer 2 1/2 Meter breiten Straßenüber-
fahrt prozessiert, und daher die Firma Solnhöfer Lithographiesteingebiet
drücke (Saardt) schwer schädigte. Das Unlaubliche ist geschehen,
die oben erwähnte Nachbarfirma ist vor längerer Zeit bankrott
geworden. Gegenüber wurde die Firma, wie ich 1913 schon erwähnte,
mit einem Aktienkapital von 825 000 Mk. Bei der Konturseröffnung
waren 913 127 Mk. Schulden vorhanden. Am 29. Oktober 1913
wurde der Betrieb veräußert vom Hypothekengläubiger und ging
an den Preis von 230 000 Mk. an Baron Freiberger (München) über.
Da aber die Bankfirma S. u. K. mit 225 000 Mk. und Freiberger mit
110 000 Mk. beteiligt ist, ging der Zuschlag wieder zurück. Ich be-
halte mir vor, später weiteres darüber zu berichten. Soviel über die
Sachen dieses Konturser. Nun, wie steht es aber mit den bei der
Firma beschäftigten Arbeitern? Wenn man bedenkt, daß diese Firma
voretz 104 Mann beschäftigt hat, und jetzt noch 4 Mann, so läßt
sich der Schaden für die Arbeiter kaum ermessen, zudem die Arbeiter
doch an Kesselfeuer nicht arbeiten durften und dadurch brotlos wer-
den. Aber die Herren kümmern sich eben um das Wohl und Wehe
der Arbeiter nicht. Ihnen ist es gleichgültig, ob die Arbeiter Brot
und Verdienst für ihre Familie haben oder nicht. Ueber die Or-
ganisationen zu weitem, und über die vermaldeiten Noten zu
schimpfen, das liegt ihnen viel näher. Hier ist sich besonders die
Firma Fälscher. Inhaber einer bekannten Kochenmühle, sehr
hervor. Das diesen Herren die Arbeiter, die organisiert sind, ein
Dorn im Auge sind, trat bei den Krankenkassenwahlen genau hervor.
Der Prozeß der Firma Solnhöfer Lithographiesteingebiet
(Saardt) gegen Fischer u. Kluge ist inzwischen gewonnen
worden nach 7 Jahren am Reichsgericht von der Firma Solnhöfer
Lithographiesteingebiet. Es sind 15 000 Mk. Anwaltskosten
zu bezahlen. Es wird wahrscheinlich noch einen weiteren Prozeß
geben, erstens weil die Firma 7 Jahre nicht abräumen konnte, wo
sie leistungsfähig war, und zweitens hat die Millionenfirma unter
dem Abraum der Firma Solnhöfer Lithographiesteingebiet einige
Meter weit hineingearbeitet und sich auf diese Weise rechtswidrige
Vorteile in finanzieller Beziehung angeeignet.

München. Am 21. Dezember fand eine gut besuchte Versam-
lung statt. Ueber den Bahnhof-Um- und Neubau sowie die Debatte
über die Steinindustrie im bayerischen Landtag führte der Vorsitzende
folgendes an: Schon das Projekt der Regierung über den ge-
nannten Bau in den Kreisen der Steinarbeiter keine allzu großen
Hoffnungen, und zwar deswegen, weil das ganze doch nur ein Nie-

werk ist und bei dem die heutige Münchner Bauweise nur allzustark
angewendet werden wird, d. h. Zug und Beton vorherrschend sein
werden. Es war auch Genosse Ed. Schmid, der im Namen der
sozialdemokratischen Fraktion das ganze Projekt verurteilt und dafür
eintrat, einen für die Kunststadt München misliebigen Zentralfabrikhof
mit allen entsprechenden Neuerungen verlangte. Aber leider waren
es die bürgerlichen Parteien, die glaubten, mit den etlichen Millionen
die nun geparkt werden sollten, dem Lande zu dienen. Aber die
Zeit wird lehren, daß gerade das Gegenteil eintritt wird. Die
Steinindustrie ist durch das nun angenommene Projekt nach unserm
Ermeßen direkt ausgeschlossen. Heute stehen wir vor der Tatsache,
daß der neue Starnberger und Holzirchner Bahnhof die übliche
Münchner Kunstfassade erhalten. Wir Steinarbeiter wollten aber,
bevor es zu spät war; uns bemerkbar machen, und so wurde eine
Kommission bei Herrn Regierungsrat Huber vork. d. g. Wir be-
gründeten eingehend drei Wünsche resp. Forderungen:

1. Hausstein in größerem Maße zur Verwendung zu bringen.
2. Teile von Arbeiten (wie z. B. Portale, Terrassen und Balu-
straden) am Ort von den anständigen Steinarbeitern verfertigen
zu lassen und
3. die Reparaturarbeiten am Zentralbahnhofgebäude bald-
dilig zu vergeben resp. in Angriff zu nehmen.

Nedner legte nun das Ein und Wider der ca. 15 ständigen Unter-
redung mit genanntem Regierungsvertreter dar. Die Hauptan-
wendung gegen das Steinmaterial resp. der Naturstein war: es sei
kein Geld da, Sandstein sei nicht haltbar, Muschelkalk zu teuer; Beton
sei dagegen sehr dauerhaft und billig, und von der üblichen mo-
derneren Bauweise können wir auch nicht ganz abweichen. Nun
kamen neue Debatten im Landtag über Industrie, Gewerbe usw.
Allen wurde das größte Wohlwollen von der Regierung entgegen-
gebracht. Kostet nichts und hört sich für die auf der rechten Seite des Hauses
gut an; bleibt doch für die notleidende Landwirtschaft mehr. In
der Spezialdiskussion über die Steinindustrie waren es besonders
die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, die nicht allein für
die Sand- und Kalksteinindustrie, sondern auch für die gesamte
Granitindustrie in anerkannter Weise eintraten. Auch die
Vertreter der bürgerlichen Parteien verlangten, daß die daneber-
liegende Steinindustrie nicht allein mit Beton, sondern auch mit
Zielen versehen werden muß. Wir Stein- Alter wurden nun im
Verkehrsministerium nochmals vorstellig und zwar nahm ein
Staatsrat unsere Wünsche entgegen. War der erste Herr Re-
gierungsrat schon kein Freund oder darf kein Freund sein vom
Hausstein, so war der obere Chef der Bauleitung des Verkehrs-
wesens nach unserm Dafürhalten geradezu ein Gegner des Natur-
steins. Auch versicherte uns die Exzellenz, daß es überhaupt nicht
ausgeschlossen sei, um dem Ganzen eine Gleichmäßigkeit zu geben,
ob die schadhafte Fassade von Abbacher Sandstein an dem Zentral-
bahnhof nicht auch noch „verputzt“ wird. — In dieser sehr langen
Unterredung stellten wir die Frage, ob es denn von der Regierung
angebracht sei, ein so bedeutendes Gewerbe bei so großen Bauten
einfach auszuscheiden und ob Grund dessen ein Teil der Steinarbeiter
so von heute auf morgen ihren Beruf wechseln können. Leider war
ein Kollege Müllers die Antwort. Mit dem Bemerkten, daß die Stein-
arbeiter Müllers, wie überhaupt der Zentralverband der Stein-
arbeiter, trotz alledem für die Hebung der Steinindustrie jedermann
eintreten wird, und daß es für die Arbeitgeber der Steinindustrie
nun höchste Zeit wird, ebenfalls in Wort und Schrift zur Hebung der
Industrie beizutragen, schloß der Vorsitzende seine mit Beifall auf-
genommenen Ausführungen. Nach Regelung der sehr ansehnlichen
Weihnachtsunterstützung für arbeitslose und kranke Kollegen und
Regelung einer internen Angelegenheit erfolgte Schluß der Ver-
sammlung.

Wilmberg. In der am 28. Dezember stattgefundenen Mit-
gliederversammlung erstattete das Kommissionsmitglied Tremel einen
ausführlichen Bericht über den Stand der Unterhandlungen mit
den Industriellen. Die Versammlung erteilte hierauf Tremel die
unbefristete Vollmacht, den Tarif nach seinem Ermessen zu unter-
zeichnen. Um weiteren wurde scharf Kritik geübt über das Ver-
halten des neuen Politikers namens Franz Wrbä bei der Firma
Sternhelmer, Betrieb Steigkopf. Da sich ein Kollege wieserte, ein
schlechtes Werkstück, das nicht zulangen wollte, anzufertigen, kam
Wrbä demnach in Aufregung, daß er den betreffenden Kollegen von
hinten überfiel und ohreitegte. Wrbä war noch vor wenigen Mo-
naten Steinmetz und Mitglied unfres Verbandes, als welches er
die Rechte der Arbeiter tapfer verfocht. Hat nun Wrbä so schnell
vergessen, daß auch seine früheren Kollegen das Recht haben, ihre
gerechte Sache zu verteidigen? Oder will Wrbä seine Politikstelle
als Prügelheld dauernd festigen? Sollte dies der Fall sein, so
werden wir ihn noch eines anderen zu befehlen wissen.

Ruhmannsfelden. Am 1. Januar tagte in Ruhmannsfelden
unser Generalversammlung mit der Tagesordnung: Abrechnung
vom 4. Quartal; Neuwahl eines Kassierers und Verschiedenes.
Kollege Müller verlas die Abrechnung, welche von den Revisoren
geprüft und für richtig erklärt wurde. Die Versammlung war
leider nur mäßig besetzt, was allgemein kritisiert wurde. Kollege
Müller geisterte in seinem Vortrag die Lausheit der Kollegen im Ver-
sammlungsbezug und gab sein Bedauern offen kund, daß gerade
diesem letzten, welche in letzter Zeit durch persönliche Angriffe
sein Amt erschwert. Nun wurde die Wahl eines Kassierers vor-
genommen, welche ergab, daß Kollege Peter Singer, welcher hiesigen
Posten erst vor fünf Monaten niedergelegt hatte, wiedergewählt
wurde und selbst wohl mit laurer Miene die Wahl annahm. Nach
einigen Erklärungen vom Kollegen Singer über die Reichsverfä-
hrungsordnung betreffs der Ortskrankenkasse wurde die Versamm-
lung geschlossen.

Dahlsdorf (Württemberg). Ein schwerer Unglücksfall er-
regte sich kürzlich in dem Steinbruch Hagrain zu Tübingen. Der
51 Jahre alte Steinbrecher Georg Mitter aus Sternfels, Vater
von 6 Kindern, fiel so unglücklich beim Absteigen vom Felsen,
durch die unvorsichtsmäßige Stellung der Leiter von derselben
herab, daß er sofort tot blieb. Dieser Todesfall ist nur dem wilden
Affordsystem bei den Abräumungsarbeiten zuzuschreiben. Wäre
die Leiter nicht gedreht, und wäre sie vorsichtsmäßig gestellt
gewesen, so hätte dieser Unglücksfall nicht passieren können. Eine
gründliche Untersuchung seitens der Behörde wäre auch in diesem
Falle dringend notwendig.

Wulst. Mit der Firma Wellhausen fanden Tarifverhandlungen
statt. Gauleiter Biemig war dazu ebenfalls erschienen. Die Firma
dietet ein enorme Verschlechterungen an. Dieses Bedauern hat unter
der Kollegenschaft große Entrüstung hervorgerufen. Die Verhand-
lungen wurden vertagt; ob später ein andres Resultat herauskommt,
ist zweifelhaft. Die Kollegen müssen mit der Tatsache rechnen, daß
es unter Umständen zum Kampfe kommt.

Wilmberg. Am 1. Januar fand bei Herrn Fritz Kohn eine
außerordentlich besuchte Versammlung statt. Der Konferenzbericht wurde vom
Kollegen vorgelesen und erklärte sich für die Anwesenden damit
einstimmig. Die Diskussion war eine reiche und sachliche. Ueber
den 2. Punkt entspann sich eine lebhafte Debatte. Es sollen nämlich
einige Arbeiter bei der Firma Weirich von jetzt an im Accord
arbeiten, was die Kollegen aber strikte ablehnten. Die Anregung
dazu soll von einem Kollegen ausgehen, wahrscheinlich um den
Verband dabei schwächen zu wollen. Es wurde deshalb beschlossen,
die Sache dem Reichsleiter zu übergeben. Unsere Kollegen lassen
sich dies unter keinen Umständen bieten. Auch wurde eine Kom-
mission gewählt, um dies dem Herrn Weirich zu unterbreiten. Bei
Punkt 3 wurden für Anschaffung einer Bibliothek 50 Mk. bewilligt
(Praxis! Die Redaktion), außerdem für die kranken Kollegen der
Zahlstelle 30 Mk. Ein Antrag betreffs Arbeitslosen in Wilm-
berg wurde einstimmig abgelehnt, daß unter keinen Umständen ein Kol-
lege Hausreisbediente leisten dürfe.

Rundschau.

Aus dem Marmorgebiet zu Carrara (Italien). In den letzten Jahren haben hier schon 48 Bewegungen der Marmorarbeiter stattgefunden, meistens handelte es sich um Streiks und dann auch wieder um Verbesserung der bestehenden Verhältnisse. Seitens der Unternehmer war niemals das Bedürfnis nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gegenüber den Arbeitern vorhanden. Vor etwa 2 Monaten haben nun 200 Zuspätker sich erlaubt, Forderungen an die Unternehmer zu stellen, die sehr human gehalten wurden. Als Antwort darauf haben die „Marmorbarone“ sämtliche bei ihnen beschäftigten Arbeiter, vom Steinbrecherhandwerker bis zum Steinbildhauer, entlassen, es wurden hierdurch etwa 10000 Mann auf die Straße geworfen. Nachträglich, anlässlich der letzten Deputiertenwahlen, versuchten die Unternehmer allerdings, die ihnen günstige Gelegenheit auszunutzen und Unfrieden unter die Ausgesperrten zu bringen; es ist ihnen nicht gelungen, wenigstens nicht in dem Maße, wie sie sich es vorgestellt hatten. Die Ausgesperrten haben, um ihre Familien ernähren zu können, aus den als Unterstützung für die Bewegung eingegangenen Geldern zwei Klischen eingekauft, wo sie ihre Mahlzeiten gemeinsam einnehmen.

Es ist zu bebauern, daß die Organisationen immer noch autonom sind und sich keiner Landeszentralisation anschließen. Dadurch wird es den Arbeitern weit schwerer, ihre Forderungen durchzusetzen zu können. Die Unternehmer rechnen darauf, daß die lokale Organisation den Kampf nicht durchführen kann.

Hoffen wir, daß aber trotz alledem unsere Kollegen den Sieg davontragen.

Künstler gegen den Kunststein. Aus Mailand (Italien) schreibt man uns: Als ein „Zeichen der Zeit“ kann die Eingabe der hiesigen Architekten und Künstler an die Stadtbehörde angesehen werden, in welcher sie verlangen, daß die Verwendung des Kunststeines bei gewissen Arbeiten, besonders bei Ornamentik und Bildhauerei, zu verbieten sei, soweit es sich um Arbeiten an Bauten handelt. Zu diesem Zweck wird dahingehend begründet, daß Italien reich an Steinmaterialien sei, und die Ueberhandnahme des Kunststeins dem Naturstein große Konkurrenz mache. Es besteht Aussicht, daß die Eingabe Erfolg haben wird.

Interessante Pflastersteinvergebung. In Neudorf wurden 1200 Quadratmeter Pflastersteine vergeben. Bei der Öffnung der Offerten ergab sich das interessanteste Resultat, daß die deutschen Werke ebenfalls mit den schwedischen konkurrieren können. Es forderten:

*Glof Sanfion, Hamburg	10 164.— M.
*Jungler & Barang, Berlin	10 240.— "
*Gartheim- und Schotterwerke, Berlin	11 640.— "
*Strömer & Rilion, Berlin	12 115 cm
*A. S. Bernström, Berlin, Frohunder und Egeler Material	pro qm 12 15 cm 8,98 "
	pro qm 15 18 cm 8,74 "
*Robert Herrmann, Siedende	nur 400 qm 3 400.— "
Strehlener Granitwerke, Breslau	10 140.— "

Mithin haben die Strehlener Granitwerke der Firma Schall das am schärfsten eingestellte Angebot gemacht. — Wir sind der Meinung, daß zu diesem Preise die Steine immerhin noch zu steuern sind. Nun kommt es darauf an, wer den Zuschlag erhält. Die Natursteine im Gebiet von Groß-Berlin schreiben meist recht schmale Steine vor, die allerdings von den Schweden leichter geliefert werden können, denn das dortige Material eignet sich hierzu besser. Bei der Submission wurde nur schwedisches Material vorgeführt, was wir schon jetzt rügen.

Vom Granitwerk Steinerne Renne, A.-G. in Hannover. In einer am 22. Dezember in Hannover abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung, in der ein Aktienkapital von 723 000 Mark vererbtet war, wurden zunächst die Regularien, die in der ordentlichen Generalversammlung zurückgestellt waren, glatt erledigt. Sodann wurde beschlossen, das Aktienkapital zur Befreiung der Unterbilanz in Höhe von 700 000 M. von 20:1 zusammenzulegen. Diejenigen Aktionäre, die auf ihre Aktien 95 Prozent zuzahlen, sind von der geschlossenen Zusammenlegung befreit. Schließlich wurde der Aufsichtsrat ermächtigt, gegebenenfalls das Grundkapital bis zur bisherigen Höhe des Grundkapitals von 1 285 000 M. wieder zu erhöhen. — Vorstehendes meldet kurz und bündig der „Hannoversche Kurier“. Als der Aktionär, welcher nochmals 95 Prozent zuzahlt, hat das Vermögen, von der Aktienzusammenlegung befreit zu sein. Mit andern Worten, die Aktionäre haben beinahe ihre gesamte Einzahlung verloren. Kopfschütteln erregt es, daß nun trotz der Defizitwirtschaft das Aktienkapital abermals erhöht werden soll.

Bonifat und Justiz. In Düsseldorf standen im Frühjahr v. J. die organisierten Bäckereiarbeiter beider Richtungen — christliche wie freisinnigere — in einer Forderungsbewegung, die, wie so viele große Kämpfe in der Lebens- und Genossenschaftsindustrie, von der Arbeiterkassen am Orte durch Verhängung des Bonifatius wirksam unterstützt wurde. Die „vereinigten Brotfabriken“ machten aus dem Kampf der Arbeiter um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen einen Kampf um die Organisation der Arbeiter, die sie verrichten wollten. Da ihre eigene Kraft dazu nicht ausreichte, beantragten sie die Hilfe der Justiz. Und so erwirkten denn die „vereinigten Brotfabriken“ bzw. ihre Antagonisten vom Düsseldorfer Gericht eine jener bekannten einstweiligen Verfügungen, wonach der Arbeiterkassen bei Strafanzeige jedwede Agitation für den Bonifatius in der Presse oder in Flugblättern verboten wird. Als trotzdem noch einige Inzerate in der Presse erschienen, wurden Geldstrafen von 1000 M. für jeden Fall verhängt, die die Düsseldorfer Ortsgruppe des Bäckerverbands und das Düsseldorfer Gewerkschaftsamt zahlen sollten, obwohl beide die in Frage kommenden Inzerate gar nicht geschrieben und auch nicht aufgegeben hatten; die Vollstreckung wurde später die Kontostrommission hatte die Inzerate genehmigt. Das Oberlandesgericht Düsseldorf erklärte die Inzerate damit in Zusammenhang: ein weiterer Beweis sei nicht erforderlich. Das Gericht wolle nun auch die von ihr verhängten hohen Geldstrafen von unserem Gewerkschaftsamt einziehen. Als der wiederholt vorerwähnte Gewerkschaftsamt die Kasse stets leer fand, wurde schließlich der Gewerkschaftsamt vor Gericht geladen und von ihm verlangt, das Vermögensverzeichnis des Amts abzugeben oder den Offenbarungseid zu leisten. Als unser Gewerkschaftsamt abgab, drohte ihm darauf der Richter 6 Monate Zuchthausstrafe an. Unser Gewerkschaftsamt schickte darauf den Bonifatius in die Presse, wo zur Gerichtsverhandlung abgeführt. Als man hier bezüglich der Strafe, ihn zusammen, erklärte man schließlich den Bonifatius für aufgehoben und ließ ihn gehen. Das nun weiter wird, bleibt abzuwarten. Der Prozess gegen die Arbeiterkassen gegen die einstweilige Verfügung schwebt noch. Die Sache wird vielleicht erst nach Monaten entschieden. Dem dieses Jahres allgemeinen Jahreskongress werden jedoch, kann so jeder gewerkschaftliche Kampf, der auf der Bonifatius anknüpft, nicht mehr möglich werden. Das nun, es, wenn noch Bonifatius die Verfügung aufgehoben wird; der Kampf ist dann nicht entschieden.

Gewerkschaftliche Arbeitslosenkämpfe. Der Bauarbeiterverband und der Bäckerverband nehmen Arbeitslosenkämpfe an. Am 20. Dezember war dafür ein schwarzer Tag. Sonntag den 21. Dezember, während im Bauarbeiterverband die Arbeiter in den Bäckerverband schickte. Im Oktober 1915 warfen von

den Arbeitsnachwehen der Bäcker- und Konditoren-Innungen 11 484 Arbeitslose gewählt. Arbeit vermittelt konnte aber nur 7124 Arbeitssuchenden werden; auf je 100 offene Stellen kamen 149 Arbeitslose. Die Zählungen der Organisationen werden wahrscheinlich ein noch größeres Elend der Arbeitslosigkeit zeigen. Der Bauarbeiterverband, der bekanntlich erst vor kurzer Zeit die Einführung der Arbeitslosenunterstützung auf einem außerordentlichen Verbandstage beschlossen hat, beginnt mit der Rählung vom Januar ab.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 28. Dez. 1913 bis mit 3. Januar 1914. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inzerate).

Lauterberg, B. 0.60, K. 0.60, Dunsau, B. 824.—, K. 22.70, M. 5.80, Fernburg, B. 170.—, M. 0.60, Köln I, B. 500.—, E. 5.—, K. 30.—, Pöhlentleben, B. 199.46, E. 1.50, K. 3.10, M. 1.50, Kiel, B. 251.—, M. 1.50, Pöhlentleben, B. 50.—, K. 3.75, M. 1.50, Nebra, B. 4.—, Neu-Gunnersdorf, B. 82.44, E. 3.50, K. 2.70, M. 1.50, Oldenburg, B. 100.—, M. 1.50, Offenbach, B. 50.—, K. 10.—, Selb, B. 73.12, K. 17.—, Stettin, B. 250.—, Witten, K. 6.70, M. 7.—, Speyer, B. 75.—, Ober-Weilau, B. 329.48, E. 1.—, K. 16.70, Witt-oda, B. 252.—, E. 5.—, K. 51.25, Rübubach, B. 128.—, K. 30.—, M. 4.25, Rübubach, B. 420.—, Jannowitz, B. 599.72, Häßlich, B. 2947.80, E. 18.—, K. 98.—, M. 5.—, Passerobe, B. 378.—, K. 9.50, Gauswalde, B. 174.98, E. 2.50, K. 5.80, M. 1.50, Gera, B. 189.78, K. 3.80, M. 3.70, Frankfurt a. M., B. 100.—, Friedenhausen, B. 276.10, E. 2.—, K. 20.80, M. 1.50, Coburg, B. 25.20, K. 0.10, M. 0.20, Chemnitz, B. 150.—, K. 13.50, M. 13.25, Hiltzingen, B. 16.46, K. 5.80, Hiltzingen, B. 251.—, E. 6.—, Aue, B. 318.30, E. 4.—, K. 24.70, Leipzig I, B. 1000.—, E. 5.—, K. 48.90, M. 7.50, Reinheim, Ins. 7.20, Stieblo, K. 0.70, Stabe, B. 19.20, Emden, B. 12.—, Hiltzingen, B. 8.60, Dir. 0.10, Seidenberg, B. 4.—, Urach, B. 1.20, K. 0.50, Seufftrich, B. 0.60, K. 0.60, Seifem, B. 4.20, K. 0.10, Kanten, B. 12.50, K. 0.40, Aue, B. 286.50, Weicha, B. 2453.36, K. 150.—, M. 1.50, Waupen, B. 164.—, K. 10.50, Graßlobelau, B. 192.48, K. 18.—, Köln II, B. 102.—, Eriurt, B. 117.40, K. 6.40, M. 4.—, Garschhausen, B. 26.52, K. 2.60, M. 1.50, Glosseburg, B. 34.—, E. 5.50, K. 10.—, Hamburg I, B. 750.—, K. 30.—, M. 10.—, Gauswalde, B. 86.70, K. 0.80, Kronach, B. 55.22, K. 8.20, Magdeburg, B. 531.—, E. 10.—, Wittweiba, B. 128.—, K. 47.95, M. 19.50, Weiten, B. 122.85, E. 3.—, K. 38.40, M. 5.—, Ober-Weilau, B. 87.25, Döhlenberg, B. 93.60, K. 9.90, Seuffen, B. 479.—, K. 20.—, M. 4.50, Untergruppenbach, B. 37.96, K. 8.20, M. 5.—, Hiltzingen, B. 102.—, Wellerode, B. 120.20, Strehlen, B. 1890.48, E. 8.75, K. 61.—, M. 8.—, Schmie, B. 75.60, K. 4.—, Seifers, B. 27.18, E. 1.50, K. 1.50, Hiltfeld, B. 91.—, K. 30.—, Ruhmannsfelben, B. 131.75, E. 1.50, M. 4.—, Ortenberg, B. 20.—, Weiten, B. 298.78, K. 0.20, Gudwigschafen, B. 150.—, Hof (Bayern), B. 212.92, E. 6.—, K. 10.10, M. 2.—, Göttingen, B. 63.—, Eriurt, B. 54.50, K. 0.60, Tangig, B. 3.04, K. 0.70, Dortmund, B. 50.—, Bernsd, B. 60.72, Arnsdorf, B. 300.78, E. 6.50, K. 49.70, M. 5.50, Hamburg, Ins. 24.—, Pausa, B. 9.60, Großalmerode, B. 2.40, K. 0.30, Oberullersdorf, B. 3.60, Div. 0.10, Alzena, B. 84.—, K. 3.75, M. 1.50, Brandenburg, B. 52.50, K. 8.50, M. 1.50, Dangig, B. 65.—, K. 2.50, Gefrees, B. 343.88, E. 8.50, K. 20.10, Götting, B. 96.50, K. 8.50, M. 2.—, Großheubach, B. 51.10, K. 38.90, M. 1.50, Golberg, B. 18.80, E. 0.75, K. 0.70, M. 10.50, Hof (Bayern), B. 73.50, K. 1.—, Häßlich, B. 331.68, E. 1.50, K. 14.—, Weiten I, B. 368.—, M. 1.50, Obernburg, B. 17.48, K. 6.10, Ruhmannsfelben, B. 50.95, E. 0.50, K. 0.50, Speyer, E. 47.25, M. 8.—, Selb, B. 143.88, E. 2.50, K. 19.40, Schwarzenbach, B. 548.86, K. 8.50, Wellerode, B. 34.—, E. 2.50, K. 0.25, Waren, B. 57.76, K. 1.40, M. 1.50, Ludwig Geiß, Kassierer.

Selbstentwungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 82, IV., zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt angegeben, für was das Geld bestimmt ist.

Allgemeine Bekannmachungen.

Döblich. Welche Zahlstellenfunktionäre oder sonstige Kollegen können mit den Aufenthaltsort von Stephan Stiebel aus Waffersdorf bei Reichenberg (Böhmen) mitteilen? Es handelt sich um eine wichtige Sache! Eduard Brunst, Döblich, Heißeberg Post Arnsdorf (Ober-Saßig).

Sommern. Der Steinarbeiter Richard Frank, geboren am 2. Januar 1866 in Alt-Brielen (Verb.-Ar. 20 201) wird von seinen Angehörigen ersucht, sofort nach Hause zu kommen, da sein Sohn

Anzeigen

Bezirk Weicha-Grinna und Umgebung.

Samstag, den 18. Januar, nachmittags 3 Uhr

General-Versammlung im Saale der Reichskrone zu Weicha.

- Z Tagesordnung:
1. Berichte: a) Vorsitzender; b) Kassierer; c) Revisoren.
 2. Renwahl der Bezirksleitung.
 3. Gewerkschaftsamt-Bericht. Wahl eines Kartelldelegierten.
 4. Anträge.

Die Anträge müssen mindestens drei Tage vor der Generalversammlung beim Vorstände eingereicht sein.

Abends, von 6 Uhr an, findet im genannten Lokale unser Winter-Vergnügen statt — Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht. Der Bezirksvorstand.

Tüchtige Steinmeßen

für dauernde Affordarbeit sofort gesucht. Odenwald-Spekt. u. Granitwerke, Heinrich Jacob & Co. Werk Werjan (Odenw.) bei Reinheim.

Tüchtiger Steinmeß

welcher Verzierungen selbständig arbeiten kann sowie fern im Scherlehen sein muß, per sofort gesucht. Stellung dauernd bei gutem Lohn. Angebote an

A. Schlieker, Grabsteindindustrie mit Kraftbetrieb Thäpe (Hannover).

Mehrere gute, zuverlässige Steinrichter

anz Besalt finden dauernde Beschäftigung. Alles Nähere durch Wilhelm Frankenfeld, Betriebsleiter Steinrichsgrün bei Grassig (Böhmen).

Für meinen Vakantur Steinbruch suche ich einige tüchtige Steinpalter

bei hohem Lohn und für dauernde Beschäftigung. Willig Stein, Rommelsch.

Paul am Neujahrstage plötzlich gestorben ist. Kollegen oder Ortsverwaltungen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden gebeten, dem Unterzeichneten unverzüglich Nachricht zu geben. Heint. Lerche, Vorsitzender, Brauhäuserstraße 28.

Erfurt. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß hier großer Arbeitsmangel herrscht. Alle Anfragen über Arbeitsangelegenheiten sind an die Ortsverwaltung oder an den Bezirksleiter Kollegen Reiffinger, Blümlstraße 6, II., zu richten.

Die Ortsverwaltung. Gebweiler (Elsch). Dem Steinarbeiter Alois Angerer, geboren im Jahre 1889 in Raibhofen, ist kein neues Verbandsbuch auszustellen, da sein Buch in größter Unordnung hier liegt. Ueber dies hat er den Kassierer um 3 M. geprellt.

Die Ortsverwaltung. Hannover. Der Steinmeß Anton Köhner soll sofort seine Adresse an Unterzeichneten senden. Es handelt sich um eine wichtige Gerichtsverhandlung.

Peter Schlepzig, Rißburger Damm 18, II. 1. Semg (Stippe). Hier zureichende Kollegen mögen zuerst auf Platz Boigt, Kunststeinwerk „Arminio“, zusprechen.

Johann Pung, Vorsitzender der Zahlstelle Perfora. Söbau. Kollegen, die hier um Arbeit anzusprechen wollen, mögen sich erst bei der Ortsverwaltung erkundigen.

Bed. Reifeunterstützung wird ausgezahlt bei Roh, Gumbelstraße 101. Odenburg. Zureichende Kollegen haben sich, bevor sie um Arbeit anzusprechen, beim Vorsitzenden A. Brühl, Weberstraße 29, zu erkundigen.

Adressen-Veränderungen.

- Gräßheim. Kass.: Robert Hornikel, Altemünster b. Gräßheim, Kronprinzstraße. Gebweiler (Elsch). Vorl.: Emil Störkel, Nebzunftstraße 4. Kass.: Jof. Haffelwander, Waagstraße 99. Gräßig. Vorl.: Paul Denischel, Kaufstraße bei Gräßig, Poststraße 136, III. Rübubach. Kass.: Jakob Mehl. Langelsheim. Vorl.: Heinrich Kortegaß, Weiher Weg 104. Vangelnsala. Vorl.: Adam Arnold, Lange Brüdergasse 12. Rüb. Vorl.: Johann Aid, Kottwitzstraße 51, II. Ruhmannsfelben. Kass.: Ver. Singer, Ruhmannsfelben Nr. 18. Schwarzenbach a. S. Bezirksleiter: Heint. Hoffmann, Markt- platz 7. Seuffen. Vorl.: Mich. Kammerer, Rüdhenbach (Post Arnberg). Tegernau. Vorl. u. Kass.: Joh. Neumüller, Tegernau Nr. 56. Wellerode. Vorl.: Alba Koch, Krugstraße 24. Kass.: Karl Bues, Am Bahnhof.

Verammlungskalender.

General-Versammlung. Lorbach a. H.: 11. Januar, nachm. 3 Uhr, im „Schützenhaus“.

Mitglieder-Versammlungen. Rostock: 10. Januar, abends, in der „Philharmonie“.

Cunowalde: 11. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr, bei Herrn Schindler.

Flonhelm: 11. Januar, nachmittags 8 1/2 Uhr, im „Prinzen Rath“.

Winterhausen: 11. Januar, nachmittags 8 Uhr, im „Bömer“.

Arnsdorf (Ober-Saßig): 15. Januar, abends 7 Uhr, bei Herrn Kabisch in Döblich.

Obermörlem: 25. Januar, nachm. 2 Uhr, im „Bughäcker Hof“.

Briefkasten.

Kupferberg. Nur nicht den Empfindlichen spielen. Die Redaktion hatte ihre besonderen Gründe. Besten Gruß! — Schwarzenbach, Sie müssen geklebt werden. — Kulsage (Frankreich). Besten Dank für die Voranzeige. — Fr. Der Prozess ist völlig ausständiglos. — Wellerode. Diese Verpflichtung besteht.

Zur Beachtung!

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.

Schürzen

Handmacherinnen, 100 und 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jodetts, Leder- und Waffelstoffe in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung

Hamburg 8, jetzt Bartolsstrasse 98.

Tüchtige Pflastersteinboffierer

werden für dauernde Beschäftigung gesucht. Georg Keisrich, Granitwerke, Rehau (Richtelgebirge).

Tüchtiger Sand Schleifer

als Schleiferpolier zu sofortigem Eintritt gesucht. Granit- u. Scheitwerte Frohmann & Co., Reinheim (Sachsen).

Die gegen den Betriebsleiter der Firma Sternheimer, Herrn Hans Erdel, geäußerten beleidigenden Äußerungen nehmen wir jurid.

Johann Jäger, Steinmeß, Heppenheim.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis eingeleitet werden.)

In Alt-Bartha am 28. Dezember 1913 der Sandsteinmeß Guido Geier, 50 Jahre alt, an Herz-Kreislagenkrankung.

In Berlin am 24. Dezember 1913 der Sandsteinmeß Luigi Eckel, 64 Jahre alt, an Herzschwäche.

In Gauswalde am 28. Dezember 1913 der Granitsteinmeß Emil Rathke, 28 Jahre alt, an Perleiden.

In Gebweiler (Elsch) am 1. Januar 1914 der Sandsteinmeß Adolf Wittmer, 43 Jahre alt, an Lungentuberkulose.

In Godesau am 28. Dezember 1913 der Sandsteinmeß Franz Velt, 35 Jahre alt, an Tuberkulose.

In Okerode a. S. (Zahlstelle Rehau) am 3. Januar 1914 der Pflastersteinarbeiter Heinrich Reuse, 56 Jahre alt, an Lungentuberkulose.

In Orlagan am 4. Januar 1914 der Granitsteinmeß Oswald Winkler, 29 Jahre alt, an der Zuckerkrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei „Artiangesellschaft“.